

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Verwaltungs-
 Behörde für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 12. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende
 Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis Südost 1000.—
 (darunter vom 106. Stadtbezirk 20.—, Vollerpatten 5.—, Komrad 2.—,
 Gefangenenverein „Lombardi“ 4.50, für ein Referat im Wahlverein vom
 Gen. D. 5.—), 4. Kreis Ost 1500.— (darunter Arbeiter der Tischlerei
 v. Himmel 30.—, 158. Bezirk 6.85), 5. Kreis, socialdemokratischer Verein
 300.— (darunter A. R. 50.—), 6. Kreis 1000.— (darunter Kranz-
 überschuß v. 441.—444. Bezirk 5.05, desgl. v. 508.—509. Bezirk 5.90,
 Dr. A. H. 101 6.—). Berlin, diverse Beiträge: Ueberführungs-
 von Plamarken von organisierten Hutmachern Berlins 50.—, Gefammelt
 von einigen Eisenbahnarbeitern, Inspektion I. Berlin, 10.—, Von
 Arbeitern der Ostbahnhofsstation für Belgien gesammelt, überhandt
 durch Bittin 3.05, A. R. 30.—, Dr. L. A. 50.—, Von den
 Verbandseignern der „Volks-Zeitung“ 12.—, D. V. 5.—, Buch-
 handlung Vorwärts, P. S. 15 000.—, Kontobucharbeiter vom
 Wedding 5.—, Angelrunde I. R. B. 10.—, Von den Arbeitern
 der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei 48.—, P. S.
 50.—, A. R. 50.—, Seyer bei Weber durch D. V.
 10.—, Diverse Beiträge aus der Schönhauser Vorstadt: Alter
 Parteigenosse Schönhauser Allee 5.—, Stalgewinn Nieder-Schön-
 hausen 1.20, R. R. 1.—, A. V. Wister 1.—, Sa. 8.20, Weiden-
 sekerer Ullstein 1.50, Ueberführungs von Herrmann u. Co. 2.45,
 Brifen-Vereinhard 1.50, Eine Hälfte des Sündengeldes vom 1. Mai
 von den Schneidern der Firma Peef u. Cloppenburg 15.—, Volterer
 von Flug, Wurfhauerstr. 10.—, Verbandmitglieder der V. Schen Druderei,
 Georgenstraße, 40.—, Gutenberg 24.05, E. Kunz 4.40, Von den
 Mitgliedern des Verbandes Deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“
 110.—, Von zwei Mitgliedern der Gewerkschaft der Buchdrucker im
 „Vorwärts“ 5.—, Roter Bund von C. R. u. Co., Alexandrinen-
 straße 27, 35.— (darunter von A. B. 3.50), Barchude, von den
 Alten durch Weber 3.—, Braunschw. Parteibeitrag vom social-
 demokratischen Arbeiterverein 400.—, Vern 50.—, Voßum, Partei-
 beitrag des socialdemokr. Vereins von Voßum und Umgegend 40.—,
 Bremen, von den Parteigenossen 300.—, Bamberg, sociald. Verein 20.—,
 Breslau, socialdemokratischer Verein 50.—, Crimmitschau 150.—
 (darunter Feldpost Crimmitschau 13.—, von R. H. durch C. 6.—,
 Freischützen Konsumverein 0.60, von Ungenannt durch D. F. 2.50,
 von H. durch D. 6.—), Criffonia, social. Klub Vorwärts 50.—,
 Charlottenburg, Kranzüberschuß vom 7. Bezirk 12.20, Dresden,
 4. sächsischer Reichstagswahlkreis 400.—, Durlach, socialdemokratischer
 Verein 20.—, Hallsberg (Oberschlesien) 15.—, Gießen, E. R. 10.—,
 Greiz, Wahlkreis Neuh. a. L. 100.—, Großenhain, 7. sächsischer
 Reichstags-Wahlkreis 200.—, Gotha, durch den Vertrauensmann 30.—,
 Hastedt bei Bremen, von Parteigenossen 10.—, Hülles, Kreis Gelsen-
 kirchen, durch A. L. 30.—, Hagen i. B., Ungenannt 3.—, Holsenau,
 von Parteigenossen von H. und Umg. 50.—, Hamburg, im Monat
 Juni in der Expedition des „Echo“ eingegangen 324.35, Hagen i. B.,
 durch den Vertrauensmann 30.—, Halle a. S., vom Saalekreis
 300.—, Jena, 3. weimarer Wahlkreis 2. Quart 1902 30.—,
 Klingenthal, lustige Unterhaltung Herberge 2.50, Langendiebach
 im Wahlkreis Hanau, Ueberführungs der Kaiserer 30.—, Leipzig,
 12. und 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 2000.—, Magde-
 burg, durch die „Vollstimme“, nach für Belgien eingegangen
 in zwei Raten 25.55, Münden, Waldläufer 5.—, Marburg a. L.,
 von Parteigenossen 10.—, Meerane, A. H. 5.—, Magdeburg, von
 den Parteigenossen 200.—, Niederwüdnitz, 10. sächs. Reichstags-
 Wahlkreis 50.—, Nürnberg, socialdemokr. Verein Nürnberg-Altorf
 20.—, Nürnberg, Marcel 2.—, Nürnberg, vom Bau Nordbayeren
 für das erste Halbjahr 380.—, Niederbarnimer Reichstags-Wahlkreis
 500.—, Offenbach a. M., vom hessischen Landeskomitee 300.—,
 Oelsnitz i. B., Auflösung des Gefangenenvereins „Echo“ 9.94, Potsdam-
 Spandau, Ostbavelland, durch den Kreis-Vertrauensmann 200.—,
 Reichenbach i. A., rote Hochzeit 3.20, Reichenbach i. Schl., Wahl-
 verein 5.—, Saarrevier, drei stille Genossen durch N. L. 8.50,
 Strahburg i. W., Altkater 5.—, Solingen, Kaiserer 40.—, vom
 Volkverein 10.—, Sa. 50.—, Torgau, Wahlkreis Torgau-Lieben-
 werda 50.—, Taura b. Burgstädt, fidele Sänger 1.20, Wegejad, Ueber-
 führungs der Kaiserer des socialdem. Vereins i. Wegejad u. Umg. 100.—,
 Württemberg 100.—, Weiswoffer, durch R. M. 10.—, Wern-
 münde, vom Ostseestrand 30.—, Zeitg. Wahlkreis Zeitg.-Weisenfels-
 Raumburg 50.—

In der Quittung in Nr. 128 des „Vorwärts“ vom 5. Juni d. J.
 muß es unter Ludwigshafen nicht heißen von Messerschmieden, sondern
 von Kupferschmieden für Belgien 10.—,
 Berlin, den 9. Juli 1902.

Für den Parteivorstand:
 A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Ein Fallstrick.

In dem Juniheft der „Amlichen Nachrichten des Reichs-Ver-
 sicherungsamtes“ wurde eine Refurdeentscheidung veröffentlicht, die
 sich auf eine, wie die Erfahrung in dem betreffenden Falle bestätigt,
 für die Arbeiter sehr gefährliche „Verbesserung“ in dem neuen
 Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz bezieht. Nach dieser Verbesserung
 kann der Anspruch auf eine Unfallentschädigung ganz oder teilweise
 abgelehnt werden, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung
 eines, durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder
 vorläufigen Vergehens sich zugezogen hat. ... Die Ab-
 lehnung kann, auch ohne daß die vorgesehene Feststellung durch
 strafgerichtliches Urteil stattgefunden hat, erfolgen, falls
 diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesen-
 heit des Betroffenen oder aus einem andren, in seiner Person
 liegenden Grunde nicht erfolgen kann.
 Diese „Verbesserung“ hatte die Regierung auf das Drängen der
 großindustriellen „Arbeiterfreunde“ in dem Währungs-Entwurf
 des Jahres 1907 vorgeschlagen und in dem vom Jahre 1900 wieder-
 holt unter folgender Begründung: „Es kommen ... Fälle vor,
 denen die Gewährung einer Entschädigung und deswillen nicht
 gerechtfertigt ist und dem natürlichen Rechtsgefühl widerspricht,
 weil das eigne strafbare Verhalten des Ver-

letzten den Unfall herbeigeführt hat, zum Beispiel wenn
 ein Arbeiter einen Diebstahl an den Vorräten des
 Betriebes oder eine vorläufige Sachbeschädigung an
 Betriebsrichtungen oder eine vorläufige Körperverletzung
 gegen einen Mitarbeiter begeht und aus solcher Veranlassung einen
 Unfall erleidet.“

Die socialdemokratischen Abgeordneten bekämpften diese „Ver-
 besserung“, weil auch nicht ein einziger der von der Regierung an-
 geführten Fälle angegeben werden konnte, in welchem dem Verletzten
 nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen eine Entschädigung
 ausbezahlt werden mußte, weil aber auf der andern Seite die
 Gefahr bestände, daß die „Verbesserung“ zu schweren Härten führen
 könnte. Schon in der ersten Beratung der Regierungsvor-
 lage im Reichstage am 22. Januar 1900 ging Genosse
 Stadthagen ausführlich auf diese Gefahr ein und führte den Herren
 unter andern auch folgenden Fall vor: „Ein Arbeiter fährt über ein
 Eisenbahngleise, er hofft, noch durchzukommen, bevor der Zug kommt.
 Er irrt aber, der Zug erfährt ihn, er verunglückt ... Man wird in
 vielen Fällen allerdings nur Fahrlässigkeit annehmen können. Aber
 so, wie wir den dolus eventualis kennen, wird der Fall häufig doch
 als vorläufiger vorzukommen ... Also auch in diesen Fällen soll die
 Möglichkeit vorliegen, daß dem, im Interesse seines Herrn möglichst
 schnell vorwärts zu kommen suchenden Mann, der verunglückt, die
 Rente abgelehnt wird! Das ist ein Unrecht!“ Auf diesen Fall kam
 in der ganzen weiteren Verhandlung kein einziger Redner der
 andern Parteien und der Regierung zurück. Sie sprachen nur immer
 wieder von den in der Begründung angeführten Fällen eines Dieb-
 stahls, einer Sachbeschädigung und einer Körperverletzung. In dem
 von Stadthagen vorgebrachten Fall sahen sie offenbar nur eine
 „socialdemokratische Uebertreibung“, die etwas ganz Undenkbares zur
 „Aufhebung“ der Arbeiter ausmüht.

Wie berechtigt aber in Wahrheit die Bedenken der Social-
 demokraten waren, das beweist die Entscheidung des Reichs-Ver-
 sicherungsamtes, von welcher wir im Anfange unsres Artikels aus-
 gingen. Der Hauer Sch. erlitt beim Fahren in einem Aufbruch-
 schacht einen Unfall, an dessen Folgen er verstarb. Die Knappschafts-
 Berufsgenossenschaft wies die Ansprüche der Hinterbliebenen zurück,
 weil der Verunglückte bewußtermaßen einem streng gehandhabten
 Verbot zuwider in dem Schachte gefahren sei und sich dadurch außer-
 halb des Betriebes gesetzt habe. Die Hinterbliebenen legten Ver-
 rufung ein und Schiedsgericht und Reichs-Ver sicherungsamt erklärten
 den Bescheid der Berufsgenossenschaft für unzutreffend, da „das
 Verbot im vorliegenden Falle nicht genügend wirksam gemacht
 worden sei, um in der Uebertretung desselben seitens des Ver-
 unglückten eine Loslösung vom Betriebe und seinen Gefahren zu
 erblicken.“ Es hat sich nämlich herausgestellt, daß das Verbot bisher
 von keinem Menschen in dem Betriebe ernst genommen worden ist.
 Dagegen sei, so führte das Schiedsgericht weiter aus, nicht zu
 leugnen, daß sich der Verunglückte den Unfall „bei Begehung eines
 vorläufigen Vergehens“ zugezogen habe. Denn ein Vergehen ist
 die „mit Festungshaft bis zu fünf Jahren, mit Gefängnis oder mit
 Geldstrafe von mehr als 150 M. bedrohte Handlung“. Das Verbot
 aber, gegen welches der Verletzte verstoßen hat, ist in
 einer Bergpolizei-Verordnung enthalten. Für die Uebertretung
 solcher bergpolizeilicher Vorschriften ist eine Geldstrafe angedroht, und
 zwar betrug diese nach dem alten Berggesetz höchstens 50 Thaler;
 sie ist aber im neuen Berggesetz bis auf den Höchstbetrag von
 300 M. erhöht worden. Durch die Straferhöhung sind die Ueber-
 tretungen der bergpolizeilichen Vorschriften zu Vergehen im Sinne
 der Reichsgesetze geworden. Da der Verunglückte ferner „als lang-
 jähriger Bergmann das, in der gehörig publizierten Verordnung
 ausgesprochene Verbot ... jedenfalls (!) gekannt hat, und er unter
 diesen Umständen nicht im Zweifel sein konnte (!), ihn
 vielmehr benutzt sein mußte (!), daß er durch sein
 Handeln, gegen die fragliche Bergpolizei-Vorschrift fehle, wird auch
 der Vorfall (!) bei Begehung der Straftat nicht in Abrede gestellt
 werden können. Da endlich die grundtätlich vorgesehene straf-
 gerichtliche Feststellung der vorsätzlichen Zuwiderhandlung angeführt
 des inzwischen eingetretenen Todes des Verunglückten nicht hat erfolgen
 können, so liegen alle, im Gewerbe-Unfall-Versicherungsgesetz auf-
 gestellten Voraussetzungen an sich vor, um die Ablehnung des
 Entschädigungs-Anspruches der Hinterbliebenen (auf
 Grund jener „Verbesserung“) auszusprechen“. Dieser Auf-
 fassung ist in letzter Instanz auch das Reichs-Ver sicherungsamt
 beigetreten.

Welche Konsequenzen eine solche Praxis aber für die Berg-
 arbeiter hat, liegt auf der Hand. Bei jedem Verstoß gegen irgend
 eine Bergpolizei-Verordnung kann dem verunglückten Bergarbeiter
 oder dessen Hinterbliebenen die Unfallentschädigung verweigert
 werden — selbst dann, wenn, wie in diesem Falle, es sich nur um
 eine Verordnung auf dem Papier handelt und es bis zu dem
 Unfall als mehr oder weniger selbstverständlich angesehen wird,
 daß sich die Arbeiter, um Zeit zu sparen oder aus
 einem ähnlichen Grunde, um das Verbot nicht im geringsten
 zu kümmern haben. Ja, es brauchen nur die Bergpolizei-
 Verordnungen „gehörig“ vervollständigt werden, dann gelingt es
 gewiß einem findigen Kopfe, bei jedem in Unfälle eines Bergmannes
 irgend eine Vorschrift, die nicht ganz genau beobachtet worden ist,
 zu entdecken, und dann — können die Knappschafts-Berufsgenos-
 schaften mit einem Schläge von den Laken der Unfallversicherung
 „befreit“ werden. Jene „Verbesserung“ hat also nicht mehr und
 nichts weniger als ein Ausnahmengesetz schlimmster Art gegen ver-
 unglückte Bergarbeiter geschaffen.

Dies mußte sogar das Schiedsgericht als „eine große Härte und
 erhebliche Benachteiligung der Bergarbeiter“, als eine „unbillige
 Tendenz in einem dem Schutze der Arbeiter gewidmeten Gesetze“
 anerkennen. Deshalb hat das Schiedsgericht im vorliegenden Falle

geglaubt, von seiner Befugnis, die Unfallentschädigung zu ver-
 weigern, keinen Gebrauch machen zu dürfen. Die arbeiterfreund-
 liche Berufsgenossenschaft hat sich hierbei aber nicht beruhigt,
 sondern die Entscheidung des Reichs-Ver sicherungsamtes angefochten.
 Letzteres hat sich aber den Gründen des Schiedsgerichts angeschlossen
 und kam zu dem Schluß: „Bei dieser Sachlage wird eine Verfassung
 oder Schmälerung der Rente auf Grund jener Verbesserung
 billigerweise nur dann in Betracht kommen können, wenn
 besonders erschwere Umstände vorliegen und durch diese Maßregel
 der Schuldige auch thatsächlich getroffen werden kann. Solche er-
 schwere Umstände sind aber im vorliegenden Falle nicht erkennbar;
 überdies würden durch eine Rentschmälerung lediglich die hinter-
 bliebenen Kinder betroffen werden, die an dem verbotswidrigen Ver-
 halten des Verunglückten in keiner Weise beteiligt sind.“

Damit ist zwar dieser eine Fall zu Gunsten der Hinterbliebenen
 des verunglückten Bergmanns entschieden. Leider hat aber die Ent-
 scheidung gezeigt, daß das Reichs-Ver sicherungsamt nicht immer
 bei der anfangs als notwendig anerkannten Rücksicht auf die
 Billigkeit bleibt, sondern sich im Laufe der Zeit auch
 zu einer viel weniger rücksichtsvollen Auslegung des Gesetzes
 entwickeln kann. Dem möchten wir möglichst vorbeugen,
 und zu diesem Zwecke müssen wir uns gegen eine in der Begründung
 des schiedsgerichtlichen Urteils enthaltene irrthümliche Auffassung
 wenden. Das Schiedsgericht war nämlich der Ansicht, es dürfe nicht
 angenommen werden, daß der Gesetzgeber sich bei Erlaß jener „Ver-
 besserung“ der Tragweite dieser Bestimmung gegenüber den
 preussischen Bergleuten nicht voll bewußt gewesen sei. Nun zeigt
 aber die Entstehungsgeschichte jener „Verbesserung“, daß der Gesetz-
 geber — wenigstens die bürgerlichen Parteien und die Regierung, die
 allein diesen Zusatz durchgesetzt haben — an ein Ausnahmengesetz
 gegen die Bergarbeiter durchaus nicht gedacht hat, er war sich also
 in der That der Tragweite jener Bestimmung nicht voll bewußt.
 Mitin würden wir jede Anwendung jener Bestimmung auf die
 Uebertretung bergpolizeilicher Vorschriften als unzulässig verurteilen,
 weil sie im Widerspruch mit der Absicht des Gesetzgebers steht.

Den Arbeitern aber zeigt dieses Beispiel, mit welcher Leicht-
 fertigkeit die bürgerlichen Arbeiterfreunde einer Schmälerung der
 Arbeiterrechte zustimmen, sobald sie dafür nur einen „moralischen“
 Vorwand finden.

Politische Ueberflacht.

Berlin, den 11. Juli.

Accordarbeit in der Zollkommission.

Im Geschwindschritt erledigte Freitag die Kommission mehrere
 Abschnitte des Zolltarifs, allerdings nur mit Zuhilfenahme
 des Reichs, ganze Reihen von Positionen zur Beratung
 zusammenzufassen. Der Vorsitzende machte als Commis der Mehr-
 heit dementsprechende Vorschläge, läßt der Opposition ihre
 Einwände gegen diese Durchprüfungs-Methode vortragen, in
 der beruhigenden Gewissheit, daß die Mehrheit die Strangulierung
 doch beschließt. Und wenn nun bei solch summarischem Verfahren
 die oppositionellen Redner über ein halbes oder gar ein ganzes
 Duzend Positionen eine Stunde lang reden, dann pflegen die Mit-
 glieder der redemörderischen Mehrheit die ungezogenste Unter-
 haltung, zum Teil sogar absichtlich die Redner durch lautes Ge-
 schweiz störend, das der Vorsitzende ungehindert bis zum Unert-
 lichen sich selgenen läßt, höchstens dann und wann eine sanfte Mahnung
 an die Stundmacher erläßt, die nach einer kleinen Pause unverfroren
 diese gründliche Diskreditierung des Gesetzentwurfes und der Kom-
 mission weiter betreiben. Denn erst genommen kann dann noch
 eine Kommission werden, die in so frivoler Weise die einschneidenden
 wirtschaftlichen Umsturzbahnen, wie sie der Zolltarif involviert, durch
 ihre gewissenlos phrasierende Accordarbeit unterstüzt.

Was hat denn die Kommission für einen Grund, die Durch-
 prüfung des Zolltarifs zu betreiben? Fällt auf sie die Schuld,
 wenn der Zolltarif nicht zu dem Zeitpunkt fertig wird, den die
 Regierung sich gesteckt hat? Die Beratung des Entwurfs könnte viel
 weiter vorgeschritten sein, wenn die Regierung im vorigen Jahre
 den Reichstag so zeitig euberufen hätte, wie sie in diesem Jahre
 eben mit Rücksicht auf das Zustandekommen des Zolltarifs gethan
 hat. Auf sie fällt die Schuld, wenn die Beratung nicht weiter
 vorgeschritten ist. Die Opposition hat nun die Aufgabe — die
 eigentlich die der ganzen Kommission sein sollte — die
 Durchprüfung der volkswirtschaftlich so gefährlichen Ge-
 setzvorlage zu verhindern, entsche daraus, was da wolle,
 Schlimmeres kann doch dem deutschen Volke nicht passieren, als die
 Auspoierung, die nach der Annahme der zollwucherischen Vorlage
 an ihm verübt würde.

Gegenüber den einfältigen Drohungen der zollräuberischen Presse
 mit Mundlochmachung der oppositionellen Minderheit in der Kommission
 ist vielmehr die Frage berechtigt, ob die Minderheit nicht
 ihrerseits andre Mittel gegen die Durchprüfung der Vor-
 lage und die offenbare Vergevaltigung durch ein völlig un-
 parlamentarisch summarisches Verfahren anzuwenden für
 nötig findet. Es wird wohl erst wieder zu Fraktionen kommen
 müssen, ehe die pflichtvergeffene Mehrheit ihre den Parlamentaris-
 mus verlotternde Methode aufgibt. Jede Art des Widerstandes
 gegen den Zollraubzug wird im Volke die nötige Unterstützung
 finden. Denn hier trifft das Wort zu: Diese Accordarbeit ist Mord-
 arbeit!

Die Wiener Stadterweiterung verlag.

—st— Wien, 10. Juli. Der große Plan, Wien durch die
 Vereinigung mit einem Duzend Bauerndörfern zur „größten
 deutschen Stadt“ zu erheben, ist unvermutet an ein ernstes
 Hindernis gestoßen. Die Regierung weigert sich nämlich, ihn so

unbesiegt zu schließen, und so wird das im Wiener Gemeinderat in zwei Sitzungen durchgeführte Projekt in dieser Session des Landtags zur Verhandlung nicht mehr kommen. Der Hauptgrund, aus welchem die Regierung Bedenken fürbietet, ist die Einverleibung der Donaugemeinden, die das Projekt geboren, in schärfster Art. Die Einverleibung der Donaugemeinden soll bekanntlich deshalb erfolgen, damit die Großkommune das linke Donauufer so weit beherrsche, wo es durch die Eingemeindung des zu bauenden Donau-Überkanals Wert erhalten wird. Nun ist es, ganz abgesehen davon, daß der Bau dieses der ganzen Anlage nach höchst fragwürdigen Kanals noch in recht weiter Sicht steht, heute noch gar nicht klar, wo denn der Kanal in den Donaustrom münden werde, also auch nicht gewiß, ob die Einmündung noch in dem Gebiete erfolgen wird, das man jetzt gerade deshalb einverleiben will! Darauf ist Herr Lueger schon im Gemeinderat aufmerksam gemacht worden, aber in seiner halb-gewissenlosen Weise meinte er, er werde „dann bald trachten“, auch das weitere Gebiet einzuverleiben. Es ist nicht erstaunlich, daß sich die Regierung weigert, derlei Hirnräusereien, dieses „Einverleiben“ ins Wasser hinein, mitzumachen. Dazu kommt noch, daß eine Reihe von Vorfragen gar nicht erörtert wurde, die aber, wenn nicht der Grund zu unzähligen Konflikten gelegt werden soll, vorher erledigt werden müssen. Dazu gehört die Frage nach den Kosten des übertragenden Wirkungskreises — der Agenten, die die Gemeinden für den Staat zu besorgen haben —, die Kosten des Siedersiedens, der in Wien gegen Entgelt der Gemeinde vom Staate besorgt wird, der Frage nach dem Ausbau der Schulen und der Krankenpflege, die entweder der Staat oder die Großgemeinde übernehmen müßte, kurz alles, was durch die bloße Verschiebung der Gemeindegrenze noch nicht gelöst ist. Nicht zum wenigsten mag aber bei der Regierung auch die Besorgnis mitwirken, daß durch die übermäßige Ausdehnung der Wiener Gebietsgrenze das Gewicht der städtischen Autonomie zu Ungunsten der staatlichen Befugnisse ganz außerordentlich gesteigert würde. Man wird auch bei Hof den unverantwortlichen Bürgermeister nicht allzu mächtig haben wollen.

Zu christlichsozialen Kreisen hofft man, die Sache im Landtag in einer Specialsession im September zu Ende zu bringen. Ob sich die Regierung hierzu bereit finden wird, ist nicht ganz wahrscheinlich, denn der Hauptgrund für die Vertagung; die Ungevißheit, wo der Kanal die Donau berühren wird, wird im Herbst nicht minder bestehen wie jetzt. Daß die Sache nicht dringlich ist und ohne den geringsten Schaden für Wien und für die einzuverleibenden Gemeinden sehr reichlich überlegt werden kann, steht außer Zweifel. Herrn Lueger ist die Sache freilich aus einem ganz besonderen Grunde höchst dringlich geworden. Im September läuft nämlich das Mandat der christlichsozialen Gemeindevertretung von Floridsdorf ab und die Neuwahlen müßten also jetzt durchgeführt werden. Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß der christlichsozialen da eine vernichtende Niederlage harrt, daß höchstwahrscheinlich kein einziger von ihnen gewählt würde, die Gemeindevorstände den Sozialdemokraten und Deutschnationalen anheimfallen müßte. Deshalb sollen diese Wahlen unter allen Umständen hintertrieben werden und zu diesem Zweck planen die christlichsozialen den unerhörten Gewaltstreik, mittels eines Landesgesetzes die abgelaufenen Mandate für so lange zu verlängern, bis die Vereinigung mit Wien erfolgt ist! Man hat da ein Beispiel, wie diese stumpfsinnigste aller Parteien die „Akte der Gesetzgebung“ zu ihren Parteizwecken zu gebrauchen versteht. Mit der diesem Menschen eignen Schamlosigkeit hat Herr Lueger dieser Tage auch bekannt, was der eigentliche Zweck der Einverleibung der mit Wien in gar keiner Verbindung stehenden Bauerngemeinden ist: dadurch soll der Zuwachs der Arbeiter von Floridsdorf paralytisch werden! Wörtlich sagte der Bürgermeister von Wien in einer Versammlung:

Es wurde gesagt, daß diese Einverleibung höchst notwendig ist, aber daß Floridsdorf und die nächste Umgebung vollständig getrennt werden, man sollte die kleineren Landgemeinden außer Betracht lassen. Ich hatte mir aber gedacht, wenn man etwas macht, so soll es gründlich geschehen. Ich brauche auch die Gemeinden, die da draußen sind, sehr notwendig. Wenn in einem Ort zu viel Soci sind, so muß man schauen, daß man in einem andern Ort wieder mehr Bauern bekommt und die ganze Sache auf diese Art paralytisch. Man hat auch gesagt, daß man das jenseits der Donau gelegene Kaiser Mühl in dem neu einzuverleibenden Bezirk schlagen könnte, und ich bin schon deswegen auch befragt worden. Ich sage nur das eine, daß Kaiser Mühlen nach wie vor dem II. Bezirk angehören wird. Die Kaiser Mühlen helfen uns wieder ein bißchen gegen die Juden im II. Bezirk; es muß allüberall ein gewisses Gleichgewicht hergestellt werden. Den vielen Juden in dem einen Bezirk müssen wieder Christen im andern Bezirk entgegengesetzt werden. Und wenn in der Leopoldstadt im Oktober dieses Jahres die große Schlacht (bei den Landtagswahlen) geschlagen werden wird, dann ist Kaiser Mühlen die entscheidende Reserve; zum Schluß kommen die schweren Reiter von Kaiser Mühlen und reiten die Gegner nieder.

Herr Lueger weiß wohl, was man Österreich zutrauen darf, sonst würde er diese Beschlüsse seiner schönen Seele nicht getraut haben. Ob sonst noch irgendwo ein Bürgermeister möglich wäre, der sich damit brüstet, die wichtigsten Fragen der ihm anvertrauten Stadt lediglich vom Standpunkte rohesten und plumpsten Parteivorteils zu betrachten und zu behandeln? —

Deutsches Reich.

Die Mandarinen und der Kaiser.

Unter dem Vorwand, gegen den Kaiserkratsch der „jungbismarckischen Fronde“ zu kämpfen, bringen die „Grenzboten“ Behauptungen, die die öffentliche Feststellung der Thatsache bezwecken, daß das gesamte höhere preussische Beamtenamt antikaiserlich gestimmt sei. Es heißt so:

„Wir kennen den Mann, worin die jungbismarckische Fronde gerade auch diese Partei gefangen hält, und wir hoffen deshalb vorläufig von ihr wie von den Parteien, wie sie jetzt sind, überhaupt sehr wenig. Von dem preussischen Beamtenamt aber verlangen wir unbedingt, daß es endlich diesen ganzen widerlichen Kratsch, wo er sich auch hervorwagt, mit dem Ernst zu bekämpfen sich ansetzt, zu dem es dienlich, politisch und sittlich verpflichtet ist. Mehr als je ist heute die furchtlose Vertretung ihrer eigenen, sich auf die salus publica stützenden Ueberzeugung auch nach oben, auch dem Kaiser gegenüber Pflicht der hohen Beamten. Aber freilich, dazu müssen sie vor allem eine solche eigene Ueberzeugung haben und haben wollen. Ein Strebertum, das mit einem Ohr nach den jeweiligen Wünschen des „Chefs“, des Herrn horcht und mit dem andern ebenso gespannt auf die Partei-Interessen und die Partei-Chancen aufmerkt, um je nachdem es der persönliche Vorteil heißt, seine Meinung zu gestalten, wird für das Reich und Völkchen ein Fluch. Die traurige Ueberhandnahme des Kratsches über den Kaiser, wie ihn die Fronde seit Jahren pflegt, ist ein Anzeichen dafür, daß dieses Strebertum schon viel weiter, als erträglich ist, um sich gegriffen hat. Täglich, in den Kabinetten, in der Gesellschaft, im Bade tritt unsern Ministern, unsern wirklichen und andern Geheimräten, unsern Regierungsräten und Assessoren dieser Kratsch nahe. Sie kennen ihn alle ganz genau, und aus ihrem eignen Verhalten ihm gegenüber kann und soll jeder einzelne das Urteil

darüber finden, ob er ein pflichttreuer Beamter ist oder ein gesinnungsloser Streber. Für das Fortwähren des Kratsches in ihrem eignen Kreise sind sie jedenfalls im vollen Umfang und allein verantwortlich. Ob sie es in demselben Umfang auch für die verheerende Wirkung des Kratsches in der breiten Masse der mittleren und der unteren Beamten sind, scheint in Brechen schon deshalb zweifelhaft, weil hier die immer weiter gediehene lastenmäßige Abschließung und Ueberhebung dem oberen Beamtenamt allmählich so gut wie jedes Verständnis und Erkenntnisvermögen für das politische und sociale Empfinden der unteren Beamtenlassen geraubt hat. Es kann ihnen deshalb vielleicht entgangen sein, mit welchem Eifer gerade hier der Kratsch über den Kaiser ausgenommen und weiter gesponnen wird, trotz aller nach oben zur Schau getragenen Loyalität.“

Der Kratsch stellt die öffentliche Meinung dar in der dumpfen und feigen Unoffenbarkeit der Höfe und der Mandarinenkaste. Wo die Wahrheit und die Kritik verperrt ist, wird sie in Selbstvergiftung zum Kratsch. Und die hämische, gemeine Lästerung ist die Zwillingschwester des kriechenden Latentismus. In der Stille des Byzantinismus gedeihen die — Majestätsbeleidigungen am typischsten. Die ganze jämmerliche Besorgnis unsres modischen Monarchismus wird in dem „Grenzboten“ Kratsch bloßgestellt. Diefelben Beamten, die einen ansehnlichen Trunkbold als Verbrecher ins Gefängnis schicken, wenn er eine dumme Aeußerung über den Kaiser gelaßt, hören und verbreiten mit gleicher Lästerheit unsauberen Hoffkratsch. Diefelben staatsbehaltenden „treuen Diener ihres Herrn“, die wider das ehrliche socialdemokratische Votum zur Republik schäumen hegen, grinsen und höhnen insgeheim über das Joch des Monarchismus, das sie dem Volke bieten. Die herrschende Gesellschaft ist ein Geschlecht von Kammerdienern geworden, die kriechen und schmeicheln, um, wenn sie unter sich sind, um so dreister und ehrfurchtsloser — Kratschen zu können. —

Offizielle Chinawäsche.

Den Rechtfertigungsversuch der vertragswidrigen Occupation Tientsins durch die Mächte, für deren Dauer in erster Linie Deutschland die Schuld trifft, haben wir teilweise bereits in unserm gestrigen Depeschenteile gebracht. Die offizielle Notiz verweist sich entkräftet gegen die illoyale Verichterstattung der andern Nationen, derzufolge Deutschland der Störenfried unter den Mächten gewesen sei. Sie erklärt schließlich, daß China ja nur die Bedingungen der Mächte zu erfüllen braucht, um so gleich wieder die Regierungsgewalt über Tientsin übernehmen zu können.

Dieser letzte Satz ist geradezu klassisch. Man vergegenwärtige sich die Situation. Nach furchtbaren Heimsuchungen, nach vielmonatigem Schreckensregiment erklären sich die Mächte, die angebellt gekommen waren, um der chinesischen Regierung zu Hilfe zu kommen, bereit, mit dem offiziellen China Frieden abzuschließen. Dem niedergeworfenen, vergewaltigten Lande bleibt schließlich nichts andres übrig, als sämtliche demütigenden Friedensbedingungen zu bewilligen. In diesen Friedensbedingungen verpflichten sich die Mächte, ihre Rechte, sofort nach Abschluß des Friedens alle usurpirten Rechte an die chinesische Regierung zurückzugeben. Trotz dieser eingegangenen Verpflichtung haben sich die Mächte das Recht an, in der Hauptstadt von Tientsin noch viele Monate lang nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Rechte der Stadverwaltung, der Steuereinzahlung usw. auszuüben. Vergeblich protestiert China, vergeblich protestieren mehrere Mächte; verschiedene Nationen, in erster Linie Deutschland, machen die Rückgabe unter souveräner Ignorierung des Friedensvertrages von dem „Eintritt völliger Ruhe in China“ abhängig. Als aber Deutschland sich immer mehr isoliert sah, schloß es sich schließlich zu einer gewissen Nachgiebigkeit veranlaßt. Seinen nachwollenen Rückzug deckt es jetzt durch die Erklärung der „Abtischen Zeitung“, daß die Chinesen ja sofort die Verwaltung Tientsins zurückhalten könnten, wenn sie nur erst in diverse auch jetzt noch zu stellende Bedingungen willigten! Als ob nach Abschluß des Friedensvertrages irgend eine Macht die Erfüllung der durch den Friedensvertrag zugesicherten Bedingungen von neuen von China geforderten Konzessionen abhängig zu machen ein Recht hätte!

Daß Deutschland auch in diesem Fall das Karnickel war, geht selbst aus der so glänzend als möglich gefärbten Darstellung der „Köln. Zig.“ hervor. So aus folgendem Passus:

„Rußland hatte sich ganz von den Verhandlungen zurückgezogen, und die Nachricht, daß es erklärt habe, Kutschwang nicht vor der Rückgabe Tientsins und der Eisenbahn an die Chinesen räumen zu wollen, scheint richtig gewesen zu sein. In der letzten Zeit tauchten dann wieder auf, Deutschland suchte die Regelung dieser Frage zu erschweren. Die Frage drohte zu verumpfen;... Am so erfreulicher ist es, daß nunmehr die Vertreter der Mächte sich über Bedingungen geeinigt haben, die als milde geschilbert werden und wahrscheinlich einigen chinesischen Wünschen Rechnung tragen. Wie alle andern Mächte hat auch Deutschland nur Urtheile, zu wünschen, daß die baldige Annahme der Bedingungen durch die Chinesen die langwierigen chinesischen Abwicklungen ihrem Ende wieder einen Schritt näher bringen werde.“

Also Rußland war gegen die vertragswidrigen Annahmen der Mächte in Tientsin, desgleichen bekanntlich England und Amerika. Wer bleibt da außer Deutschland schließlich noch übrig!

Wie aus dem Schlußsatz der offiziellen Auslassung ersichtlich, denkt man noch immer nicht an eine bedingungslose Erfüllung des chinesischen Friedensvertrages, wenn sich Deutschland auch bereits in die moralische Defensive gedrängt sieht. Hoffentlich ist die Niederlage der Gewaltpolitik bald eine vollkommene! —

Gegen das bedrückende Kolonialhändler-Projekt wendet sich lebhaft die „Abtische Westfälische Zeitung“.

Sie fragt: „Sollte hinter diesem jämmerlichen Rückzugspiane etwa die Inspiration unsres auswärtigen Amtes stehen? In der ersten Zeit der Kanallämpfe, als Miquel noch Konalgegner war, war v. Redlich sein journalistischer Interpret. Sollte er diese Rolle jetzt auf einem andern Gebiete weiter spielen? Sind etwa schon Schritte gethan, unsre zukunftsreichen Kolonien in Afrika England in die Hände zu spielen, um uns vielleicht als „Entschädigung“ in Südamerika in Konflikte mit der Union zu stürzen? Es liegen allerlei Anzeichen vor, daß leitende Stellen trotz eines früheren Dementis doch dahin drängen, alle unsre Chancen in Afrika gegen eine Laube auf dem Dach preiszugeben.“

„An unsre zukunftsreichen“ afrikanischen Kolonien glaubt die „Abt. Zig.“ wohl selbst nicht, ihre übrigen Befürchtungen sind dagegen keineswegs unbegründet. Irgend ein weltpolitischer Geniestreich scheint thatsächlich im Gange zu sein. —

Das politische Verhängnis des Freisinn verdrängt immer mehr. Eine Korrespondenz für Centrumsblätter hat wieder einmal im Interesse des Buchertarifs den Gedanken einer Herabsetzung der Verkaufspreislös-Bücher des Reichstags erörtert. Die Socialdemokratie hätte an sich am wenigsten Anlaß, einer solchen Reform zu widersprechen; denn wir lämen dadurch in die Lage, in der Majoritätsbildung zu unsern Gunsten leichter den Ausschlag zu geben. Aber wir halten die Erleichterung der Bildung detartiger

Zusatzmehrfachen im parlamentarischen Interesse nicht für zweckmäßig.

Die „Freisinnige Zeitung“ beschäftigt sich nun mit diesem angeblichen Centrumsplan und räumt dabei ihre Leute, daß sie — im Gegensatz zu der Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit der Socialdemokraten — die Geschäfte der Kommission durch Schweigen fördern. Die Freisinnige Volkspartei halte diese Latit der Socialdemokratie auch vom Standpunkt der Befämpfung der Postaristokratie als eine sehr ungeschickte und unglückliche. Dieselbe fährt nur dazu, wie wir gestern schon bemerkten, die sonst immer mehr auseinander fallende Mehrheit der Kommission wieder fester zu verbinden.

Man sollte es nicht für möglich halten: Es giebt also freisinnige „Politiker“, die immer noch nicht sapiert haben, daß der Posthaber der Mehrheit bloße Wache ist, um die Opposition in Sicherheit zu wiegen! Gerade die manstündige und gewissenlose Host, mit der die Mehrheit jetzt den Tarif durchzusetzen sucht, beweist, daß die Mehrheit längst einig ist und nur noch auf den Moment wartet, wo sie den Strid zuziehen kann. Die Latit des Freisinn ist so überaus geschickt und glücklich, daß er den Strid drehen hilft, der zu seiner Abwicklung bestimmt ist. —

Vom alten ehrlichen Barth. Wir haben das Unglück, und die Ungnade des Herrn Barth von der freisinnigen Vereinigung zu gezogen zu haben. In der „Nation“ lauzelt er die Störenfriede in der „Koalition der gesamten Linken“ wie folgt ab:

„Die alten Phrasen von den Ordnungsparteien, die zusammenhalten müßten, von der Solidarität aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Socialdemokratie werden wieder herzuhalten haben, das rote Gespenst wird in seiner ganzen Schreckenheit aufs neue beschworen werden, um die politischen Kinder einzuschüchtern; alles, was die Socialdemokratie jemals an kollektivistischen Glaubenssätzen und an unsfärlicheren Bedenken produziert hat, wird dem lächerlichen Philister vorgeführt werden. Sind die Nerven unsres liberalen Bürgerthums stark genug, um in solchem Gefolge standzuhalten? Aber selbst wenn sie standhalten — ist die politische Vernunft in der socialdemokratischen Partei bereits so kräftig, um das Kaufheldentum, das sich in dem beständigen Donnern gegen die große reaktionäre Masse aller bürgerlichen Parteien so wohl fühlt, zu zügeln? Die Socialdemokratie hat ja einen höchst bemerkenswerten Entwicklungsprozeß von bloßer revolutionärer Demonstrationspolitik zu einer erreichbaren Zielen nachstrebenden Realpolitik durchgemacht; aber das lände Wort und die klingende Schelle spielen zur höchsten Freude unsrer Reaktionäre noch immer eine gewaltige Rolle bei unsren Socialdemokraten. Die Vollen und die Sungen, die tagtägliche fürchterliche Musterung über die bekommenen liberalen Bourgeoise halten, haben noch immer einen starken Anhang und werden vermutlich ein Jahrzehnt mit den bürgerlichen Freihändlern als verächtlichen Opportunismus „unentwegt“ bekämpfen. Man braucht nur einen Blick in den „Vorwärts“, das Centralorgan der deutschen Socialdemokraten, zu werfen, um zu erkennen, wie gering noch in den leitenden socialdemokratischen Kreisen jener moralische Mut ist, der dazu gehört, mit alten Parteiphrasen zu brechen. Allerdings giebt es in keiner Partei Centralorgane, die ernsthaften Neuerungen zugänglich und pflegfächeren moralischen Mutes wären.“

„Ach lieber Herr Barth, Sie mögen ja sonst ein kluger Herr sein, aber es ist kein Zeichen einer besondern Klugheit, die Intelligenz der andern allzu niedrig einzuschätzen. Wie kann man den Leim so dick auftragen. Da bleiben auch die Blinden nicht hängen. Sonst veruchen Sie durch Schmeicheleien die „vernünftigen“ Socialdemokraten einzufangen — das war nicht unglück — jetzt suchen Sie uns durch Belohnungen zu isolieren und einzuschüchtern. Schade nur, daß uns immer der „moralische Mut“ fehlen wird. Ihren Edelmut offen anzuerkennen und die freisinnige Bourgeoise für die Partei der Selbstlosigkeit und der vollendet ehlischen Werte vor allen Völkern zu bewundern.“

Aber wir werden unser Kaufheldentum zu bessern versuchen. Ja, wir werden mehr thun; wir versprechen, nicht nur für den Freisinnigen zu stimmen, sondern selber freisinnig zu werden — unter einer keinen Vorbedingung; Sie brauchen nichts weiter zu thun, als dafür zu sorgen, daß die „gesamte Linke“ bloß in den Stichwahlen für die Socialdemokratie eintritt. Wenn Sie diese Koalition zu stande gebracht haben — dann werden wir den „moralischen Mut“ haben, Herrn Barth für einen Wiedermann von seltener Ehrlichkeit zu erklären.“

Zunächst aber veruchen Sie es einmal, Ihren Freunde Richter von der „gesamten Linken“ anzureden, daß er von den Socialdemokraten verlangt, in der Hauptwahl bereits freisinnig zu wählen, damit es den Freisinnigen erspart bleibe, in der Stichwahl gegen den Socialdemokraten zu stimmen. Er hat uns neulich ein paar Duzend Wahlkreise genannt, die durch „unsre“ Schuld an die „Reaktion“ ausgeliefert seien — weil wir nämlich in diesen Kreisen unverschämterweise es gewagt haben, einen Kandidaten aufzustellen. Er nannte u. a.: Oberbarmen, Wahrenth, Hof, Kronach, Rottsdam-Ostbavelland, Westbavelland, Raub-Beizig, Königsberg i. d. Neum., Frankfurt a. O., Schwelbnig, Striegan, Witterfeld-Deilsch, Vödan, Tannstadt, Heilbronn, Gmünd, Hagenow-Gebednshöfen, Güstrow-Ridnig. —

In diesen Kreisen erhielten bei der Hauptwahl 1898 die Socialdemokraten 108 200, die Freisinnigen nur 72 748 Stimmen. Wir glauben schon, daß es sich die Freisinnigen gefallen lassen, wenn wir diese 108 200 Stimmen ihnen schenken. Wir sollen Selbstmord sden, um die Freisinnigen zu Unverfallbaren einzusetzen. Aber, Herr Barth, mag uns vergehen: Wir haben halt nicht den moralischen Mut, dem Kaufheldentum zu entsagen, das ein solches „Kartell“ als „voll und ganz“ irrsinnig empfindet. —

Der gewaltige Germanisator der Ostmark, der Posener Oberbürgermeister Wittig, Witowski giebt dieß Geschäft auf, um — wenn wir nicht irren — zu seinem alten Beruf zurückzulehren. Er legt demnach seinen Bürgermeisterposten nieder, um in die Direction einer großen Berliner Bank (Diskonto-Gesellschaft?) einzutreten.

Germanisieren ist schön und edel und patriotisch, aber besser und rentabler ist es ein solides Bankgeschäft. Die erhabensten nationalen Güter bleiben doch die zins- und dividendtragenden Papiere. Außerdem mag es einem geschickten Mann wie diesem, Herrn Wittig, zu dumm geworden zu sein, unter dem unsinnigen Regime der Witowschen Kaninchenpolitik mitzuspielen. —

Die Orgie abergläubischen Wahnes hat in Kochen am Mittwoch ihren Anfang genommen. Viele Tausende haben sich in Ehrfurchtscharen jenen alten Lappen und rostigen Käbeln, die nach der Centrumslegende direkt von der Person des Stifiers der christlichen Religion stammen sollen. Von der Verhüllung, ja dem bloßen Anblick dieser „Reliquien“ erwarten zahllose „Gläubige“ Körperliches und seelisches Heil. Diese Schaustellung finstersten Mittelalters erfährt von den Arrangieren eine eigenartige Deutung. Der Weihbischof Dr. Fischer hielt eine Ansprache, in der er ankündigte an die Worte des hl. Petrus, die der Kaiser in seiner Rede auf dem Wächener Rathause citierte: „Es ist in keinem andern Heil, denn es ist kein andres Heil im Himmel den Menschen gegeben, in dem sie selig werden sollen.“ Demmer pries die Heiligensfahrt als eine Kundgebung des Glaubens. In dieser Kundgebung an die Gottheit Christi setze er die tiefere Bedeutung der Feier. Die Verehrung beziehe sich nicht auf den Stoff der Heiligensfahr als solchen, sondern auf diejenigen, denen diese Stoffe gedient hätten. Was verschlägt es also selbst, wenn die Stoffe in Wirklichkeit unecht wären. Für die Verehrung seien die Stoffe doch nur das sichtbare und greifbare Mittel, um zu denen zu gelangen, denen sie zugeführt würden. Besonders bedeutsam sei die Wächener Heiligensfahrt als Glaubensbekenntnis in unsren Tagen. In unsren Tagen, in einer Zeit des

reinen Naturalismus, sei ein solches Bekennnis besonders wertvoll. Darum solle das Wort des hl. Petrus, das unser Herrlicher Kaiser bei seiner Anwesenheit in dieser Kaiserstadt in feierlicher Weise wiederholte, die Signatur der Kaiserlichen Heiligtumsfahrt sein.

Der Herr Bischof giebt also die Echtheit der Schenkungsobjekte leichtem Herzens preis.

Nach jener Interpretation ist der Verehrungstanz nur eine symbolische Gedenkbildung. Für die Mehrzahl der Adoranten ist sie das Entscheidende nicht. Für diese ist der Stoff der Gegenstände das Verehrungswürdige und Wunderthätige. Aber selbst wenn die Verehrung nur symbolisch gemeint wäre, so hätte danach das Centrum wahrhaftig nicht die geringste Ursache, an dem Gesandbeten irgend welchen Anstoß zu nehmen.

Nicht genug an der einen Wagnisse hat die Leipziger Staatsanwaltschaft, die den bekannten Zolltarif-Prozess, der vor einigen Tagen mit der Freisprechung der Angeklagten endete, inofficiell hat. Die Staatsanwaltschaft hat nämlich gegen das freisprechende Urteil Revision angemeldet. Das Reichsgericht wird höchstwahrscheinlich durch Verwerfung der Revision die fatale Affaire endgültig aus der Welt zu schaffen suchen.

Der „Simplicissimus“ an der Kieler Universität. Kiel, 11. Juli. (Eig. Ber.) Zahlreiche Mitglieder der studentischen Lesehalle stellen beim Vorstand der Lesehalle den Antrag, daß der „Simplicissimus“ ausgelegt werden möge. Der Vorstand, der statutenmäßig allein über die Wahl der auslegenden Zeitungen und Zeitschriften zu verfügen hat und aus drei Professoren und zwei Studenten besteht, lehnte den Antrag ab. Daraufhin protestierten die Antragsteller eine Generalversammlung zwecks Veränderung dieser statutarischen Bestimmung. Es entspann sich eine lebhafte „Simplicissimus“-Debatte. Der Konfessionalkritiker v. Schubert bezeichnete das Blatt als ein pornographisches, vor dessen verderblichem Einfluß die Studentenschaft geschützt werden müsse. Der Professor der Jurisprudenz Wappenheim sekundierte seinem Kollegen von der andern Fakultät. Er lenkte zwar, Gott sei Dank, den „Simplicissimus“ nicht, aber eben deshalb sei er in der Lage, ein objektives Urteil zu fällen und zu konstatieren, daß die Professoren sich unter keinen Umständen zu Schmutzärzern für eine derartige „Literatur“ hergeben würden. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. Nun wollte einer der Freunde des „Simplicissimus“ am Schwarzen Brett der Universität einen Anschlag loslassen, daß er allwöchentlich vor dem Universitätsgebäude zehn Exemplare des Blattes gratis verteilen würde, damit diejenigen, die den „Simplicissimus“ verurteilen, ohne ihn zu kennen, Gelegenheiten hätten, ihr Urteil zu revidieren. Der junge Mann wurde von den Rektoren citiert und sein Vergehen wurde ihm unter Androhung schwerer disciplinärer Strafen verboten. Daraufhin kündigte ein Studentenverein, die „Freie Vereinigung für Literatur und Kunst“ einen „Simplicissimus“-Abend an, an welchem von Mitgliedern des hiesigen Schiller-Theaters Gedichte und Romane aus dem „Simplicissimus“ vorgetragen werden sollten. Auch diese Veranstaltung wurde vom Rektor verboten. Der Verein könne zwar in einer Mitglieder-versammlung Produkte aus dem „Simplicissimus“ zum Vortrag bringen, aber erst nachdem jedes einzelne von ihm, dem Rektor, auf seine Unschädlichkeit geprüft und freigegeben worden sei. Jedemfalls dürfe die Veranstaltung nicht als „Simplicissimus“-Abend bezeichnet werden. Auch der Rektor sprach sich aufs Schärfste gegen die „unzüchtige“ Tendenz des Blattes aus.

Die „Freie Vereinigung“, die über 60 Mitglieder zählt, verzichtete daraufhin auf ihren Abend und beschloß ihre Auflösung, da sie unter diesen Umständen ihr Programm, der studierenden Jugend die Kenntnis der modernen Literatur- und Kunstströmungen zu vermitteln, nicht durchführen könne und daß frei in ihrem Namen zu auftreten würde.

Universität und Freiheit sind in Deutschland nun einmal unvereinbar, weder die Wissenschaft noch die Professoren noch die Studenten sind an deutschen Hochschulen „frei“. Das braucht nach den Fällen Conrad Schmidt und Kropf und unter der Vera Althoff, wo nachgerade jede preussische Universität ihren Strafprofessor hat, nicht mehr bewiesen zu werden. Der „Simplicissimus“ ist also jetzt nicht mehr bloß auf den Bahnhofsperren, sondern auch an der Kieler Universität verboten.

Der Gesundheitszustand Landmanns ist durch die Würzburger Affäre also doch erschüttert. Aus München wird gemeldet: Dem Kultusminister von Landmann wurde aus Gesundheitsrücksichten bis auf weiteres Urlaub bewilligt und Staatsrat v. Schraut mit Führung der Geschäfte des Kultusministeriums beauftragt.

Freilich wird in diesem Falle der Urlaub den Gesundheitszustand Landmanns nicht verbessern. Dem Urlaub wird nach allgemeiner Ansicht die Demission folgen.

Der badische Landtag ist am Donnerstag geschlossen worden. In der letzten Sitzung der zweiten Kammer kamen die sozialistischen Schulanträge zur Verhandlung. Seitens der beiden großen Parteien hatte man die Absicht, die Angelegenheit in aller Kürze abzuhandeln, hatte diese Rechnung aber ohne die Antragsteller gemacht. Unser erster Redner Eichhorn entwarf in großen Zügen ein Bild von der Elementarschule, wie wir sie wünschen und bezeichnete als das Ideal derselben die Einheitschule, für die nicht nur pädagogische, sondern auch Nützlichkeitgründe sprächen. Dem Centrumsführer Wacker, der in seinen Anträgen „ein Stück Tyrannentum auf Kosten der Kirche und der Elternrechte“ erblickt, diene in ungezügelter Weise Genosse Dreesbach. Wacker gebe, so meinte er, von der falschen Voraussetzung aus, daß wir den Religionsunterricht verbieten wollten, während er nur aus dem Lehrplan entfernt werden soll. Die Gegner des Genossen gegen unsere Anträge sei allerdings begrifflich, da die Kirche mit deren Annahme die Macht über die Schule und damit die Herrschaft über die kommenden Generationen verlieren werde. Unverkennbar sei ihm aber der Widerstand der Rationalisten; im gleichen Augenblick, wo die Simultanen eingeführt worden sei, habe der Religionsunterricht in der Schule nicht mehr zu suchen gehabt. Die heutige Volksschule werde mit Recht als Armen- und Schulze bezeichnet, in der die 95 Proz. der Bevölkerung bildenden Verfallenen ihre Kinder schiden müssen, während die Kinder der Reichen in die sogenannten Bürger- oder in Privatschulen geschickt werden, damit sie mit den Sprößlingen der Plebs nicht in Verührung kämen.

Der Schluss des Landtags erfolgte Donnerstag vormittag durch eine Thronrede des Großherzogs. Die wichtigste Angelegenheit aber, die angeblich das ganze badische Volk bewegende Frage der Reform des Landtagswahlrechts, wird darin mit keinem Worte erwähnt. Auch dieser Umstand ist bezeichnend für die Stellung, die die Regierung zu dieser Sache einnimmt. Allen Anschein nach wird noch mander Tropfen Wasser den Rhein hinunterfließen, ehe das badische Volk in den Besitz eines zeitgemäßen Wahlrechts gelangt.

Ausland.

Asien.

Der chinesische Zolltarif. Die aus Shanghai gemeldet wird, haben die dort zur Festsetzung des Zolltarifs zusammengetretenen Kommissionäre ein Schema für denselben aufgestellt. Alle Regierungen, mit Ausnahme der französischen, sind damit einverstanden. Diese fordert günstigere Zollsätze und droht mit einem Zollkrieg gegen China, falls die aufgestellten Sätze Geltung erhalten sollten. Wenn Frankreich dem Tarife doch zustimmen sollte, wird derselbe am 1. September in Kraft treten.

Australien.

Gomerale Demonstration für Island. In Sydney fand dieser Tage eine große Versammlung statt, an welcher verschiedene Staatsminister, Parlamentarier und Geistliche teilnahmen und das Wort ergriffen. Zur Annahme gelangte eine Resolution, in der das englische Parlament aufgefordert wird, dem irischen Volke eine Selbstregierung zu geben, wie die, welche in den Kolonien so glückliche Resultate gezeitigt haben. Es wurden 12 740 R. für den irischen Parteifonds gesammelt.

82. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Freitag, 11. Juli.

An Stelle der Abgeordneten Wandert und Bod sind Pfannschuch und Jubel in die Kommission eingetreten.

Der achte Abschnitt des Tarifentwurfs umfaßt 8 Nummern, Gesehle und Flechtwaren aus pflanzlichen Stoffen mit Ausnahme von Gespinnststoffen.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit für die Positionen 586, Holzspangesechte, auch gefärbt — 2 R.; 587, Gesehle aus Stroh, Bast, Winsen etc., umgeblickt, ungefärbt — frei; geblickt, gefärbt — 8 R.

Pfannschuch begründet den Antrag, der abgelehnt und die Positionen nach der Vorlage angenommen werden.

Auch zu Position 588, Fuchdecken und Matten, grobe, roh oder gebeizt, gefärbt, gefirnigt — 8 R., andre Decken aller Art — 24 R., beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit. Ebenso zu den Positionen 589, Korbflechterwaren, grobe, rohe, aus umgeschälten und geschälten Stuten etc. — 8 R., aus andern Flechtstoffen 10 R.; 590, andre, lackierte, bronzierte etc. — 24 R.

Stadhagen begründet den Antrag und weist auf die Konkurrenz der Gefängnisarbeit hin. Gegen sie werde die Industrie durch den Zoll nicht geschützt. Gerade die in der Korbflechterwaren-Industrie vorkommende Hausindustrie werde durch die Gefängnisarbeit bedroht. Ein handelspolitischer Effekt werde durch den Zoll nicht erzielt. Die Blindenanstalten pflegen mehr und mehr die Korbflechterei, man sollte sie nicht so belästigen; die beteiligten Interessenten wollen keine Hölle.

Wallenborn beantragt für Position 589 statt 8 Mark 6 Mark zu setzen.

Geheimrat Rodat ersucht, sowohl den Antrag Wallenborn, als den sozialdemokratischen abzulehnen.

Graf Rautz wünscht einen Zoll von 4 R. zu Position 589, rohe Korbflechterwaren. Redner betont ebenfalls, daß die Konkurrenz der Gefängnisarbeit drückend für die Industrie sei.

Wallenborn ändert seinen Antrag und reduziert den Zoll auf 4 R.

Pfannschuch plädirt für Zollfreiheit; die Motive der Vorlage bestätigten, daß eine ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten sei. Da sei es doch unbedenklich, den Export durch den Zoll zu fördern. Die Gefängnisarbeit müsse zurückgedrängt werden, sie sei das größte Uebel für die Korbflechterindustrie. Redner vertritt sich dann über die Korbflechterei in den Blindenanstalten, die durch den Zoll durchaus nicht gefördert werde. Jeder sollte in privaten Kreisen dahin wirken, daß die Produkte der Blindenanstalten Absatz fänden.

Die Hof. 588 wird nach der Vorlage angenommen. Zu Hof. 589 wird der Antrag Wallenborn angenommen, dann nach der Vorlage alle übrigen Positionen einschließlich 591.

In den Hof. 592/93, Sparteriewaren — 80 R.; Sparteriewaren ohne Verbindung mit andern Stoffen — 60 R.; in Verbindung mit Gespinnststoffen oder Gespinnststoffen aus Seide — 200 R.; in Verbindung mit andern Stoffen etc. — 120 R., beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit.

Pfannschuch begründet den Antrag.

Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen. Dann werden die Positionen 594—599 des neunten Abschnitts, Wafen, Wärfen, Pinsel und Siebwaren zur Beratung zusammengefaßt.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Wafen und Reißig ohne Stod oder Stiel — 594 — sind zollfrei, mit Stod oder Stiel beträgt der Zoll 4 R.; 595 andre Wafen sowie Wärfen und Pinsel, grobe 4 R., aus Vorles etc. 8 R.; 596, grobe mit lackiertem Holz etc. — 24 R.; 597, Wärfen mit Wein oder Horn — 100 R.; 598, Wärfen, Wärfen, Pinsel mit andern Stoffen — 24 R.; 599, Siebwaren, grobe — 8 R., andre — 24 R.

Stadhagen begründet die hierzu gestellten Anträge auf Zollfreiheit.

Wiener und Müller-Sagan beantragen 24 R. statt 100 R. bei Position 597.

Müller-Sagan begründet diesen Antrag und betont, daß der deutsche Bedarf an französischem Produkt angewiesen sei, soweit Zahn- und Nagelbürsten in Betracht kommen.

Jubel bestätigt letzteres und plädirt deshalb mit Rücksicht auf die Konsumenten für Zollfreiheit. Aber auch die Siebwaren müßten zollfrei gelassen werden, die besonders von der kleinen Landwirtschaft gebraucht werden. Die Verteuerung der Wafen schädige die Arbeiter als Konsumenten sowohl wie als Produzenten.

Reitz verwendet sich für den hohen Schutz Zoll auf Zahn- und Nagelbürsten; die französischen Wärfen seien wegen ihrer Hapton etc. mehr ein Mode- und Luxusartikel. Er, Redner, sei für noch höheren Zoll.

Jubel widerlegt diese Angaben; die deutschen Fabrikanten lennen selbst die Vorzüge des französischen Fabrikats. Selbst der Glanz der Vorles ist hier nicht zu erzielen.

Der ganze 9. Abschnitt wird nach der Vorlage angenommen.

Der zehnte Abschnitt behandelt Waren aus tierischen oder pflanzlichen Schnit- oder Formstoffen.

Zusammengefaßt werden die Positionen 600—605, Eisen, Bein, Schildpatt, Perlmutter und Waren aus diesen Stoffen oder Nachahmungen derselben. Für rohes Eisenbein Schildpatt und Perlmutter ist der gleiche Zoll von 3 R. ausgeworfen; für geschliffenes usw. Hölle 30, 200 und 30 R.; für Waren daraus 200, 200 und 250 R.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Paasche beantragt eine Erhöhung des Zolles zu 601, geblickte Klaviaturplatten betreffend.

Stadhagen begründet die Anträge auf Zollfreiheit. Ueber den Antrag Paasche entspinnt sich eine längere Debatte, in der Jubel an der Hand sachlicher Darlegungen die zolltreibenden Ausführungen Paasches widerlegt.

Alle Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Position 606, echte Perlen und bearbeitete rote Korallen, wird, da kein Antrag dazu vorliegt, nach der Vorlage angenommen.

Zu Position 607, Wachspferlen — 125 R., beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit.

Wallenborn und Pfannschuch treten für Zollfreiheit ein; Wachspferlen, Nachahmungen von roten Korallen etc. seien Rohstoffe für die deutsche Bijouterie, der man diese Stoffe nicht verteuern dürfe.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Wieder werden auf Vorschlag des Vorsitzenden die Positionen 608 bis 613 zur Beratung zusammengefaßt, obgleich Stadhagen dagegen protestiert und die Widerständigkeit geteilt, die heterogensten Sachen aneinander zu fetten. Die Redner, die so viele Positionen zugleich besprechen müßten, würden dadurch zu stundenlangen Reden gezwungen.

Nachdem über die Petitionen Bericht erstattet worden ist, wird ein Antrag auf Vertagung angenommen.

Schluss 12 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Verhandlung des Genossen Wittich wird am Sonntagvormittag um 10 Uhr stattfinden.

Herr Hermann Klee in München berichtet in der „Münchener Post“, daß er nicht aus der Partei, sondern nur aus dem sozialdemokratischen Verein ausgetreten sei; er betrachte sich nach wie vor als zur Partei gehörig, da er sich zu den Grundfragen des Parteiprogramms bekennend und sein aufrichtiger Wille sei, die Partei nach Kräften ideell und materiell zu unterstützen. Der inhaltliche Inhalt seiner gestrigen Notiz über den Austritt des Herrn Klee war der „Münchener Post“ entnommen; nach dieser Aufklärung über den wirklichen Thatbestand sehen wir nicht an, die von uns gewählte Form der Wiedergabe zu bedauern.

Vollständiges, Gerichtliches usw.

Die Protestversammlung der Königsberger Arbeiterschaft gegen die Beschränkung des Versammlungsgesetzes war überfällig. Wie alle andere Versammlungen in letzter Zeit wurde auch sie um 10 Uhr aufgeführt, nachdem der Referent, Genosse Borchart, folgende Resolution vorgelesen hatte: „Die Versammlung erklärt: Das Recht, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ist allen Preußen durch die Verfassung, das Grundgesetz des preussischen Staates, gewährleistet. Beschränkt werden darf dieses Recht nur durch das Gesetz, nicht aber durch eine Polizeiverordnung. Das Verlangen, bei Eintritt der Polizeistunde die Versammlung zu schließen, ist eine Beschränkung des Versammlungsgesetzes, die sich nicht auf ein Gesetz, sondern nur auf eine Polizeiverordnung stützt. Solch Verlangen steht deshalb mit der Verfassung in Widerspruch und ist somit ungesetzlich. Die Versammelten protestieren gegen dieses Verlangen. Sie erklären, daß sie sich das durch die Verfassung garantierte Recht nicht nehmen noch einschränken lassen, vielmehr es jedesmal auf eine Auflösung ankommen lassen und in jedem einzelnen Fall der Auflösung ihr Recht bis in die höchste Instanz verfolgen werden. In Anbetracht der großen Erbitterung, in welche die Arbeiterschaft versetzt werden muß, wenn sie sieht, daß fast alle andern Versammlungsorte der Stadt sogar für den öffentlichen Verkehr weit länger geöffnet sein dürfen, und nur gerade das eine Lokal, in dem die Arbeiterschaft ihre meisten Versammlungen abhält, um 10 Uhr geschlossen werden soll, geben die Versammelten jedoch der Erwartung Ausdruck, daß die Polizei das ungesetzliche Verlangen, öffentliche Versammlungen bei Eintritt der Polizeistunde zu schließen, das ja erst neuerdings gestellt wird, wieder fallen lassen wird.“ — Unser Parteigenosse beabsichtigt, um die Rechtsfrage vor das Reichsgericht zu bringen, eventuell die Anwesenden bei einer Auflösung zum Verbleiben, also zum Ungehorsam gegen eine Anordnung der Obrigkeit, aufzufordern. Führt auch dieser Weg nicht zum Ziele, so wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als ihre Versammlungen in einem Lokale abzuhalten, für das keine Schaulosungsektion besteht oder wo sie eventuell ausgegeben ist. In einem solchen Lokal kann die Behörde auch keine Polizeistunde einführen, ein Privatraum, sei er noch so groß, ist ihrer Zügel entzogen. Der Inhaber dieses Raumes müßte natürlich irgendwie entschädigt werden; Erfürschungen müßte jeder Befaher sich selbst besorgen. — Die Polizei würde dann ebenfalls aus der fatalen Lage befreit werden, gegen Versammlungen der Polizeistunde wegen einschränken zu müssen, gegen die sie im Grunde ihres Herzens — wir glauben die Königsberger Polizei doch dahin zu kennen — absolut nichts einzuwenden hat.

Wegen formaler Beleidigung des Schriftstellers Sieb in Weimar wurde der Redacteur der „Thüringer Zeitung“ in Erfurt, Genosse Ebie, zu 30 R. Geldstrafe verurteilt. Sieb war des Bruchs einer ehrenwörtlichen Erklärung beschuldigt worden. Er klagte weisse und mit Bedacht nur wegen formaler Beleidigung, nicht wegen Behauptung falscher Thatfachen. Der Wahrheitsbeweis, den unser Genosse anbot, wurde denn auch richtig abgelehnt und unser Genosse zu oben mitgeteilter Strafe verurteilt.

Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wurde die „Angsburger Volkszeitung“ von der Staatsanwaltschaft konfisziert.

Aus Industrie und Handel.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat dem Kellereien-Kollektivum der Kaufmannschaft die Resolution zugehen lassen, die mit 184 Unterschriften von Firmen des Berliner Maschinenbaues, der Eisenhütten und elektrotechnischen Betriebe vom Staatssekretär des Innern und dem Minister für Handel und Gewerbe überhandt worden ist und sich gegen jede Erhöhung bzw. Neueinführung von Zöllen auf Rohmaterialien der Metallindustrie, insbesondere gegen die über den Tarifentwurf des Bundesrats noch hinausgehenden Anträge des Centralverbandes deutscher Industrieller richtet, da die Annahme des Entwurfs sowie jener Anträge für die Metallindustrie eine Verteuerung der Produktion und damit eine Verminderung des Absatzes auf dem inneren Markte und eine Schwächung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zur Folge haben würde.

Die Resolution ist recht gut, aber entschieden besser würde sie sein, wenn der Verband sich zugleich gegen jede Erhöhung und Neueinführung von Zöllen auf Maschinen und eiserne Fertigfabrikate wenden würde. Zollerhöhungen auf diese sind ihm aber ganz willkommen.

Deutschlands Handel mit der Schweiz in 1901. Vom dem Band 142 der Statistik des Deutschen Reichs über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets im letzten Jahre ist soeben das Heft VI, das den Handel mit der Schweiz enthält, erschienen.

Danach erreichte die deutsche Einfuhr aus der Schweiz 1901 einen Wert von 154,2 Mill. M. mit 148,4 M. ohne Edelmetalle, die Ausfuhr dahin einen Wert von 204,8 und 204,8 Mill. M. mit und ohne Edelmetalle. Die Einfuhr fiel um 9,6 und 8,9 Proz., die Ausfuhr um 9,5 und 9,4 Proz. mit und ohne Edelmetalle. Haupt-einfuhrgegenstände waren: Rohseide (29,8 Mill., wovon für 21 Mill. ungefärbte), Taschenuhren (18,6 Mill. — 9,7 goldene, 7,1 silberne —), Floretseide, ungefärbt (14 Mill.), Baumwollwaren (10,4 Mill.), Häse, Häse, einrädriges rohes Baumwollgarn, Maschinen, Pergament etc., Wolle, Seidenstoffe, Zucker, Schokolade, Wäcker etc. Hauptausfuhrgegenstände: Eisenstoffe (34,4 Mill. M.), grobe und feine, nicht besonders genannte Eisenwaren (14,1 Mill.), Kleider, Leibwäse, Putzwaren (12,9 Mill.), Volkstuche (12,1 Mill.), Wäcker, Karten, Puffkissen (9 Mill.), Baumwollwaren (8,9 Mill.), Maschinen (6,1 Mill.) etc.

Fleischsteuerung in England. Nach einer Mitteilung des „Berl. Tagebl.“ aus London sind infolge des amerikanischen Fleischcorners und des Rückgangs der englischen Fleischproduktion sowie des Aufkaufs englischen Fleisches als Verpackungsmaterial für die gefangenen Boeren und des Aufschlusses des argentinischen Fleisches wegen Mangelnde die Fleischpreise in London um durchschnittlich 25 Proz. gestiegen. Die Amerikaner können die Preise nach Belieben weiter steigen lassen, wenn nicht durch die Wiederzufuhr von argentinischem Vieh hierin eine Wahrung herbeigeführt wird. Es besteht indes die Befürchtung, daß die Amerikaner sich inzwischen auch des argentinischen Marktes bemächtigen werden. Die Fleischvorräte in England reichen nicht aus, um den Bedarf des Londoner Marktes, geschweige denn den von England für einen Markt hinreichend zu versorgen. Da auch das gefrorene, minderwertige australische Fleisch von der Preissteigerung betroffen worden ist, so wird die Teuerung besonders von den ärmeren Volksschichten schwer empfunden.

Zanzenstand in den Vereinigten Staaten. Nach dem Monatsbericht des Ackerbauamtes vom 10. Juli betrug der Durchschnittsstand des Winterweizens am 1. Juli 77 Proz., gegen 88,3 Proz. am 1. Juli 1901 und 80,8 Proz. am 1. Juli 1900. Der Stand des Frühjahrweizens betrug durchschnittlich am 1. Juli d. J. 92,4 Proz., gegen 95,6 Proz. am 1. Juli 1901, 95,2 Proz. am 1. Juli 1900 und 91,7 Proz. 1899. Der Durchschnittsstand für Winter- und Frühjahrweizen zusammen betrug am 1. Juli d. J. 82,9 Proz. Der Stand des Winterroggens betrug am 1. Juli d. J. durchschnittlich 91,2 Proz., gegen 93,6 Proz. am 1. Juli 1901. Der durchschnittliche Stand von Reis betrug 87,6 Proz., gegen 81,3 Proz. am 1. Juli 1901, der von Hafer 92,1 Proz., gegen 83,7 Proz. am 1. Juli v. J., der von Gerste 93,7 Proz., gegen 91,3 Proz. am 1. Juli 1901. Die Anbaufläche wird angegeben bei Winterweizen mit 27 108 000 Acres, bei Frühjahrweizen mit 17 144 000 Acres, für Winter- und Frühjahrweizen zusammen also mit 44 252 000 Acres gegen 40 896 000 Acres im Vorjahre; die mit Mais angebaute Fläche wird mit 84 870 000 Acres angegeben.

Danach ist für Weizen eine gute Mittelernte zu erwarten, die zwar gegen die vorjährige gute Ernte die höchste, die bisher die Union gehabt von 748,5 Millionen Bushels um circa 15 Prozent zurückbleiben wird, immerhin aber noch das relativ hohe Quantum von über 630 Millionen Bushels bringen

darfte. Dagegen wird die Kaiserin, die im vorigen Jahre ein ungünstiges Ergebnis lieferte, in diesem Jahre infolge des besseren Standes und der Vergrößerung der Anbaufläche voraussichtlich einen um über 20 Proz. höheren Ertrag abwerfen. Auch Hafer und selbst Gerste versprechen beträchtliche Mehrerträge.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Porzellanarbeiter! Bei der Firma Franke, Dresdenstraße 15, haben wegen Lohnhöherungen sämtliche Maler die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang fernzuhalten.

Verband der Porzellanarbeiter. Zahlstelle Berlin II.

Achtung, Parkettbodenleger! Den Kollegen zur Nachricht, daß die Firmen Kampffmeier, Leibe u. Co. die Forderungen bewilligt haben und der Streik aufgehoben ist.

Die Branchenkommission.

Metallarbeiter! Der Streik der Formner in der Riles Werkzeugmaschinen-Fabrik ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Branchenkommission des Rilmensmannen Verbandes, sowie die Direktion des Betriebes haben den Vertrag anerkannt, welcher vor dem Berliner Einigungsamt im Jahre 1897 abgeschlossen ist. Danach wird Ausschluß, welcher ohne Schuld des Formners entstanden ist, begünstigt. In Streitfällen werden die beteiligten Formner gehört. Die wegen dieser Streitfälle entlassenen Formner sind wieder eingestellt.

Die Bewegung der Schlächtergesellen gegen das Vorgehen der Innungsmeister in Sachen der Einführung des 24 stündigen Arbeitsverhältnisses, der Verlegung des Stellenwechsels und der Regelung der Arbeitsvermittlung nimmt jetzt einen immer engeren Charakter an. In einer Versammlung, die am nächsten Mittwoch in den „Arminshallen“ abgehalten wird, soll die Frage erörtert werden: „Wollen wir das Vorgehen der Berliner Fleischer-Innung mit Streik und Boykott beantworten?“

Deutsches Reich.

Der Centralverband der Töpfer blüht zur Zeit auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Aus 4000 Mitgliedern im Jahre 1892, die zum großen Teil auch nur auf dem Papier standen, sind über 8000 geworden, die nicht auf dem Papier stehen, sondern wirklich zahlende Mitglieder sind. Aus Anlaß dieses Jubiläums erscheint die betreffende Nummer des Verbandsorgans „Der Töpfer“, welches ebenfalls zehn Jahre besteht, in geschmackvoller Ausstattung.

Der Streik der Nachtwächter in Hannover ist beendet. Zwischen den Wächtern und der Direktion des Instituts hat eine Aussprache stattgefunden, die zu einem befriedigenden Ergebnis führte. Die Wächter haben infolgedessen ihren Dienst wieder aufgenommen. Maßnahmen finden nicht statt.

Die Bemühungen der „Post“, die in ihrer Freitagnummer in bekannter Manier gegen die ausländischen Wächter geht und die Direktion gegen dieselben scharf zu machen sucht, kommen nun zu spät. Nach der „Post“, die ihre Informationen von der Direktion des hannoverschen Nach- und Schließinstituts bezogen hat, soll die Bewilligung der von den Wächtern aufgestellten Forderungen den Ruin des Instituts und die Gefährdung der Interessen der Hausbesitzer, sowie der Sicherheit Hannovers bedeuten. Nun ist der Streik beigelegt, Hannover ist noch nicht zu Grunde gegangen, und das Nach- und Schließinstitut wird nach wie vor Geschäfte machen.

Die Lohnbewegung der Tischler in Neumünster ist nun auch beendet. Die Lohnkommission hat das Angebot der Meister angenommen, wonach ein Stundenlohn von 40—42 Pf. bezahlt werden soll.

Die Zimmerer in Braunschweig haben den Streik für beendet erklärt und beschlossen, die Arbeit am vergangenen Mittwoch wieder aufzunehmen. Der Beschluß wurde damit begründet, daß angesichts der gegenwärtigen Situation die Weiterführung des Streiks keinen Erfolg verspreche. Es sind noch 85 Zimmerer ohne Arbeit, Zugang ist deshalb fernzuhalten.

Die Maurer und Zimmerer in Posen setzen ihren Kampf um eine geringe Verbesserung ihrer Löhne mit unermüdelter Hartnäckigkeit fort. Im ganzen streiken etwa 2500 Maurer und Zimmerer, doch sind viele hunderte derselben abgereist. Inländische Streikbrecher haben sie trotz aller Mühen nicht gefunden, doch gelang es den Unternehmern 150 Italiener mit großen Kosten zu erlangen. Die bürgerliche Blätter berichten, soll die Militärverwaltung 300 Soldaten, die im Zivilstande Maurer oder Zimmerer sind, den Western zur Verfügung gestellt haben. Das wäre eine unerhörte Einmischung in die Interessenkämpfe der Arbeiter, die nicht scharf genug verurteilt werden kann. Unternehmern, sowohl wie Behörden haben ein lebhaftes Interesse daran, daß eine Anzahl öffentlicher und privater Bauten bis zu dem für September in Aussicht stehenden Kaiserbesuch fertig werden. Anstatt nun eine Einigung mit den Streikenden herbeizuführen, werden Soldaten als Streikbrecher lammaniert.

Schießende Arbeitswillige. In Kiel befindet sich in einem Neubau ein Massenquartier für Streikbrecher, deren teure Personen des Nachts durch einen mit einem geladenen Schießgewehr ausgerüsteten Mann bewacht werden. Bisher hatte der Keel mit dem Schießprügel vergebens nach einem Zielobjekt für seine Waffe Ausschau. Als aber in der Nacht zum Mittwoch ein Schupmann sich der Stelle näherte, konnte der Schütze seinen Zuhilfenahme nicht länger meistern, und er gab einen Schuß auf den jedenfalls nicht von ihm erkannten Schupmann ab. Betroffen wurde der Beamte allerdings nicht. Infolge des Schusses entstand ein lärmender Aufruhr, in dessen Verlauf sechs Streikbrecher, die für ihren Schützen Partei nahmen, verhaftet wurden.

Ausland.

Der Penrhyn-Streik ist beendet. Der Streik der Arbeiter in den Lord Penrhyn-Steinbrüchen in Bethesda (England), welcher zwei Jahre gedauert hat, ist, wie Londoner Blätter melden, von den Arbeitern für beendet erklärt.

Große Arbeiterentlassungen stehen in den französischen Militärwerkstätten bevor, weil Arbeit nicht vorhanden ist. Den 6000 zu entlassenden Arbeitern sollen je 200 Fr. als Entschädigung eingehändigt werden; die dazu nötigen Summen sind von der Kammerkommission bewilligt.

Sociales.

Die Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe in Belgien. Nach dem statistischen Jahrbuch, welches Joeden der Minister des Innern herausgegeben hat, ist in Belgien die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Während im Jahre 1890 noch 910 396 landwirtschaftliche Betriebe gezählt wurden, waren im Jahre 1895 nur noch 829 625 vorhanden, in den 15 Jahren ein Rückgang von 80 771 Betrieben oder 9 Proz. Besonders stark war die Verminderung in Ost-Flandern (25 647), in Brabant (24 442) und in Flandern (18 269). Der Rückgang der Betriebe verteilt sich auf die verschiedenen Größenklassen wie folgt: Bei den Betrieben von 50 Ar und darunter betrug die Verminderung 14 351; bei denen von 51 Ar bis 1 Hektar 35 684, von 1—2 Hektar 25 875, von 2—3 Hektar 5564, von 3—4 Hektar 1600, von 4 bis 5 Hektar 1195. Im Gegensatz hierzu hat sich die Zahl der größeren Betriebe von über 5 Hektar vermehrt: Bei der Größenklasse von 5—10 Hektar betrug die Vermehrung 875, von 10—20 Hektar sogar 2163, von 20—30 Hektar 414, von 30—40 Hektar 164, von 40—50 Hektar 187, über 50 betrug sie 181.

Prozeß Sanden und Genossen.

32. Verhandlungstag.

Landgerichts-Direktor Heidrich eröffnet die Sitzung um 10^{1/2} Uhr.

Einen großen Raum der Verhandlungen nahmen heute wiederum die Schätzungen über den Wert der Grundstücke ein.

Größere Meinungsverschiedenheiten entspannen sich zwischen dem Direktor Dernburg, Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Reuen Boden-Aktiengesellschaft, und dem Sachverständigen Bührerrevisor Neuter. Es handelt sich dabei um die von letzterem in Gemeinschaft mit dem Bührerrevisor Kruse vorgenommenen Feststellungen aus den Büchern der Reuen Bodengesellschaft, die u. a. dahin gehen:

Der Hypothekensand der Deutschen Grundschuldbank

habe 84 007 828 M. betragen. Hiervon lasteten auf den Grundstücken der Reuen Berliner Baugesellschaft und sind zur Lösung gelangt 7 012 400 M., so daß 77 894 926 M. übrig bleiben. Es haben dann noch weitere Löschungen von Unterlags-Hypothekens Anhalt u. Wagner usw., so daß eine Gesamtsumme von 78 854 502 M. übrig blieb. Diese Summe ist in der Eröffnungsbilanz der Reuen Boden-Aktiengesellschaft auf 44 090 130 M. geschätzt, so daß 31 258 363 M. abgeschrieben sind. Zugüglich der vorerwähnten gelöschten 7 012 400 M. sind also im ganzen zu Gunsten der Reuen Boden-Aktiengesellschaft 88 270 768 M. abgeschrieben. Ferner geht aus der Aufstellung der Sachverständigen hervor, daß für 2 706 924 Mark minderwertige Hypotheken abgeschrieben sind. Es kommen hier 86 Hypotheken in Betracht, welche von der Revisions-Kommission auf 1 056 141 Mark bewertet worden. Von den als wertlos und minderwertig geschätzten Hypotheken sind bis zum 31. Dezember 1901 376 703 M. eingegangen. — Bezüglich der Forderung an Anhalt u. Wagner haben die Sachverständigen festgestellt, daß die 509 000 M. betragen hat und in der Eröffnungsbilanz der Reuen Bodengesellschaft mit 100 000 M. bewertet worden ist. Diese Forderung ist nicht voll eingegangen, sondern es sind daraus 55 Proz. bezahlt, also 178 150 M. — Die Negativansprüche sind in der Eröffnungsbilanz mit 1 M. eingezett; geschätzt sind dieselben seitens der Reuen Bodengesellschaft mit 7 500 000 M. Das Reorganisations-Konto figuriert in der Eröffnungsbilanz der Reuen Boden-Aktiengesellschaft mit 1 451 360 M.

Den Ausführungen des Bührerrevisors Neuter bezüglich der oben erwähnten geschätzten 7 012 400 M. widerspricht der Zeuge Direktor Dernburg auf das bestimmteste und sucht nachzuweisen, daß dessen Bemängelung der Verbuchung unzutreffend sei, während Bührerrevisor Neuter dabei bleibt, daß die vorgenommene Art der Verbuchung unstatthaft sei.

Bührerrevisor Huske berichtet auf Grund der von dem Sachverständigen Vollmann und Richter vorgearbeiteten und von ihm nachgeprüften Solden-Rechnungen über die Differenzen, die sich bei den korrespondierenden Conten der einzelnen Gesellschaften, welche beim Jahresabschluss eigentlich übereinstimmen müßten, ergeben. Diese Differenzen gehen von 1/2 Million bis zu 20 Millionen.

Auf Befragen des Justizrats Stern erklärt Kommerzienrat Lucas, daß nach seiner Ansicht der Angeklagte Kommerzienrat Schmidt sich durch die künstlich verschlungenen Fäden des Bilanzierungssystems der Preußensbank nicht durchfinden vermocht habe und daß auch hinsichtlich der Bilanzen der Aktiengesellschaft für Grundbesitz die eng begrenzte kaufmännische Kapazität Schmidts in Betracht zu ziehen sei.

Hierauf erklärt der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Heidrich unter Zustimmung aller Prozeßbeteiligten die Verweidungnahme für die Hauptanfrage für geschlossen.

Es folgt die kurze Verhandlung einer

Nachtragsanfrage.

die der Staatsanwalt neuerdings gegen den Angekl. Eduard Schmidt erhoben hat. Danach wird dieser beschuldigt, als Schuldner, der seine Zahlungen eingestellt hat, durch Aufwand übermäßige Summen verbraucht zu haben.

Angekl. E. Schmidt bestritt diese Beschuldigung und erklärte, daß er seiner Rechnung nach 40—50 000 M. jährlich verbraucht habe. Er habe nicht gedacht, daß dies bei seiner ganzen Position und bei den vielerlei Verpflichtungen, die an ihn herantraten, übermäßig viel sei.

Bührerrevisor Kruse hat die Einzahlungen und Auszahlungen auf dem persönlichen Konto des Angeklagten Schmidt seit einer Reihe von Jahren nachgeprüft und kommt zu dem Ergebnis, daß der Jahresverbrauch sich durchschnittlich auf 73 500 M. stellt.

Weh. Rat Lucas erklärt auf Befragen, daß er nach der ganzen gesellschaftlichen Stellung eines großen Teils der Kunden, die mit der Firma in Verbindung standen und die er sich erhalten wollte und mußte, einen Aufwand von 40 000 Mark nicht für übermäßig hoch halte. Er billige ihm sogar 70 000 M. jährlich zu, denn man müsse doch erwägen, welche Ansprüche an einen solchen Mann in Bezug auf Repräsentation und die ganze Lebenshaltung gestellt werden. Man müsse sich immer das Milieu vor Augen halten, in welchem sich die Geschäfte des Angeklagten abwickelten, und es komme gleichzeitig darauf an, wie weit der Angeklagte Eduard Schmidt glauben konnte, daß er durch einen Teil seiner Entnahmen seinem Geschäft indirekt wieder Nutzen zuführen konnte.

Staatsanwalt Weck betont, daß außer den 40 000 M. der Angeklagte Schmidt noch ca. 60 000 M. Zantienen bezogen habe und ein Verbrauch von 100 000 M. bei der ganzen Lage des Geschäfts doch wohl als übermäßig groß zu erachten sei.

Die Verteidiger bestritten, daß die Zantienen herangezogen werden dürfen; es könne sich nur um die Entnahmen aus dem Geschäft handeln. Im übrigen wird auch die Zahlungseinstellung bestritten.

Die Sitzung wird auf Montag 9 Uhr vertagt. Alsdann sollen die Plaidoyers beginnen.

Gegen die Greuelthaten des Zarismus.

Eine Volksversammlung mit dieser Tagesordnung war zum Donnerstagabend von unsern Parteigenossen nach Kellers Festsaal in der Kopenstraße einberufen worden. Der Andrang, auch der von Schülern und Polizeilientenants, war ein kolossal. Im Plak zu machen, schaffte man schon um 1/2 die Tische aus dem Saal. Die Polizei sperrte das Lokal ab. Nach bevor der Referent, Reichstags-Abgeordneter Ledebour, seinen Vortrag begann, führte sich der überwachende Polizei-Offizier als ein sehr schneidiger Herr ein. Er inhibierte mit großer Strenge so lange die Verhandlung, bis außer dem breiten Mittelgange zwei Seitengänge hergestellt waren, wodurch er in die bis dahin sehr ruhige Versammlung eine gelinde Aufregung brachte. Genosse Ledebour leitete seinen oft durch lebhaften Beifall unterbrochenen Vortrag mit einem Hinweis darauf ein, daß für unsre Stellungnahme zu den Greuelthaten des Zarismus in Rußland nicht bloß die allgemeine Sympathie maßgebend sei, die wir für alle Geknechteten und alle Freiheitskämpfer empfinden. Es leiste uns darüber auch der Gedanke, daß die große Volksbewegung, die wir in Rußland andrehen sehen, auch unsre Sache sei. Nicht umsonst nennen wir uns die internationale, völkervereinende, revolutionäre Sozialdemokratie. Was dem einen Volke erzuogen werde, sei auch eine Erziehungssache für das andre, und der Bekämpfungslampf, der irgendwo gut zu Ende geführt werde, entfache neue Siegeshoffnungen. In dem großen, weltbewegenden Kampfe gegen Knechtung und Ausbeutung habe die internationale Sozialdemokratie keinen gefährlicheren und brutaleren Feind als das Zarenregiment, und weil das der schlimmste Feind von der Menschheit Befreiung sei, deshalb ständen unsre Genossen in Rußland, so wenig sie auch noch an Zahl seien, doch in der Vorhut des Kampfes. Was ihnen diene, diene auch unsrer großen Sache in Deutschland. Unter Anspielung auf die in Oberschlesien ertönten Leistungen des Polizeispions Gubner führte

der Redner aus, die Arbeiterschaft in Deutschland habe ferner ihre Stimme zu erheben gegen die deutsche Reichsregierung, weil sie es dulde, daß untergeordnete Polizeielemente dem Zarismus Scherzendienste leisten. (Stürmische Zustimmung.) Redner legte dann eingehend dar, wieso das Jarentum zum Hort der Reaktion geworden sei. Neben der Entwidlung des russischen Despotismus schilderte er dann die Kulturverhältnisse in Großrußland und die russischen Volksbewegungen in ihren verschiedenen Formen und Stadien. Bei Besprechung der terroristischen Bewegung der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts wies er nach, daß sie ursprünglich begründet war in dem verrotteten Regierungssystem des Zarenreiches, unter dem jedes menschliche Leben in die Hand jedes beliebigen Spießbüß gegeben sei, ohne daß eine Kontrolle möglich sei, und daß sich ausgedehnte durch brutale Unterdrückung jeder selbständigen und auch nur freiwirtschaftlich scheinenden Bewegung. Diese Bewegung mußte aber scheitern, da mit terroristischen Mitteln keine nachhaltige Volksbewegung entfesselt werden kann. — Schließlich wandte sich Redner der modernen russischen Arbeiterbewegung zu, die mit der kapitalistischen Industrie Rußlands entstanden sei und jetzt im Sinne der Sozialdemokratie kräftig zu wirken beginne, trotz aller Unterdrückung. Er verwies auf das furchtbare Vorgehen der russischen Polizei gegen die sozialistisch angehauchte Arbeiterbewegung und gegen die Studentenschaft, deren freiwirtschaftliche Bestrebungen zuerst rein akademischer Natur gewesen seien und die man mit derselben Brutalität behandelt habe, wie streifende Arbeiter. Zur Zeit seien schon zahlreiche russische Studenten bereit, für die Volksaufklärung mit aller Kraft zu wirken. Eine Konferenz russischer Studenten habe in einem Beschlusse der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Eringung von Volksfreiheiten nur durch Beseitigung des Zarenregiments und durch den Anschluß an den Sozialismus möglich sei. — Die Thaten der russischen Polizei, die bekannten blutigen Massaker hätten nun in letzter Zeit zu individuellen Mache-Akten, zu Thaten der Rottwehre, wie man sagen könne, geführt. Die Thaten von Ledert und Walmaschoff seien anders psychologisch zu erklären, als der Terror der siebziger Jahre, wo ein kleiner Haufen fanatischer Männer und Frauen glaubte, durch terroristische Akte die Massen aufrütteln zu können. Die sozialistische Bewegung verwerfe terroristische Mittel zu politischen Zwecken. Jene neueren Akte der Wiedervergeltung seien vielmehr rein individueller Natur und ein notwendiges Ergebnis der brutalen Vergewaltigung von Menschen, die Freiheit und Selbstgefühl in der Brust haben. So sei der Student Walmaschoff, den man wegen seiner Beteiligung an der studentischen Bewegung zwangsweise ins Militär gesteckt hatte, zur Vergewaltigung gezwungen worden, aber nicht zu der, die mit einem Selbstmorde ende, sondern zu jener kalten Verzweiflung, die da sage: „Ihr habt mein Leben vernichtet, ich gehe nicht aus diesem Leben, ohne einen der Schurken, die mich unglücklich gemacht haben, mitzunehmen.“ — Bei diesen Worten erhob sich der Polizeioffizier und erklärte, während zugleich lauter Beifall ertönt, die Versammlung auf Grund des Vereinsgesetzes für aufgelöst. Die Versammelten antworteten darauf mit Huteschwenken, stürmischem Händeklatschen und Hochrufen auf Ledebour und die Sozialdemokratie und strömten langsam dem Ausgang zu, hinter sich eine lange Kette von Schülern, die der Parkettboden ausgetreten zu haben schien. — Und der Herr Lieutenant schrie — der Ausdruck ist sehr milde — die Bureauinhaber, den Reichstags-Abgeordneten Ledebour und den Berichterstatter an, die Bühne zu räumen. Ledebour verlangte energisch, daß der Polizeibeamte sich angemessener benehmen solle, wodurch dieser sich aber nicht abhalten ließ, obwohl man schon im Geheh war, seine Anforderung wie vorher zu wiederholen. Als Ledebour erwiderte und sich abermals diesen Ton verbat, erging sich der Herr sogar in Drohungen.

Wenn auch die Versammlung durch das geschilderte Eingreifen der Polizei ein vorzeitiges Ende erreicht hat, so war doch ihr Zweck, gegen die Greuelthaten des Zarismus Protest einzulegen, vollkommen erreicht. Im übrigen haben die geschilderten Zwischenfälle den Versammlungsbesuchern gezeigt, daß russischer Geist auch in Preußen sein Wesen treibt, und daß es unsre Aufgabe ist, diesen fäulenden Geist auszutreiben und gesunde Einrichtungen an dessen Stelle zu setzen.

Reichstags-Stichwahl in Bayreuth.

Bayreuth, 11. Juli, 9 Uhr abends. (W. Z. B.) Bei der heutigen Reichstags-Sitzung, Stichwahl im Wahlbezirk 2 Bayreuth haben bis jetzt Hagen (nationalliberal) 7778 Stimmen und Hugel (Soz.) 7419 Stimmen erhalten.

Nach obigem Resultat, welches noch unvollständig ist, haben die Landwirtdändler, wie vorauszu sehen war, der Parole ihres Vorsitzenden, des Landtags-Abgeordneten Dömhöfer folgend, einstimmig für den Nationalliberalen gestimmt. Die Sozialdemokraten dagegen haben eine große Anzahl Reservisten auf die Stimme gebracht, die bei der Hauptwahl nicht gewählt haben. Wie auch das Endergebnis lauten mag, die Stichwahl hat die den Brotverkäufern bei der Hauptwahl zugefügte Niederlage nur noch zu einer vollständigen gemacht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Darmstadt, 11. Juli. (W. Z. B.) In der Thronrede, die heute der Landtag geschlossen wurde, wird bedauert, daß infolge der Kürze der Zeit die Verhandlungen betreffend Revision des Wahlgesetzes namentlich durch Einführung direkter Wahlen nicht zum Abschluß gebracht seien.

Großwardeburg, 11. Juli. (W. Z. B.) In Gießhübel wurden gestern nachmittags drei Personen durch Blitz erschlagen, zwei wurden schwer verletzt.

Budapest, 11. Juli. (W. Z. B.) „Magyar Nemzet“ stellt bezüglich der gestrigen Ausgleichskonferenz fest, daß hierdurch der tote Punkt, an dem die Verhandlungen angelangt waren, überwunden worden sei, doch gebe es noch manche Differenzen zu schlichten; indessen sei zu hoffen, daß die neu angehängten Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden. Weitere Ministerkonferenzen werden erst nach Abschluß der Beratung der Referenten, wahrscheinlich unmittelbar vor der im Oktober stattfindenden Eröffnung des Reichstages abgehalten werden.

Krad, 11. Juli. (W. Z. B.) Der Zustand der Maurer-gehilfen wurde durch Bewilligung der geforderten Lohnhöhung seitens der Meister heute beendet.

Paris, 11. Juli. (W. Z. B.) Wie der Gouverneur von Martinique telegraphisch mitteilt, bestand der vulkanische Ausbruch vom 9. d. Mts. zuerst in einer schwarzen, von Wigen zerriesenen Rauchsäule. Dann folgten Feuerstrahlen, welche die Klüften von Saint Pierre in Brand setzten. Ein Stein- und Aschenregen ging 25 Minuten lang über Morne Rouge und Fort St. Denis nieder. Die Einwohner entfernter Ortschaften konnten sich in Sicherheit bringen. In Carbet und Fort de France entstand eine Panik. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen.

Belgrad, 11. Juli. (W. Z. B.) Angehtlich des bevorstehenden Ablaufes der Handelsverträge setzte der Handelsminister eine Kommission zur Vorbereitung des Materials für die neuen Verhandlungen ein.

New York, 11. Juli. (W. Z. B.) Nachrichten aus St. Thomas zufolge ereigneten sich am Dienstag auf St. Vincent innerhalb 4 Stunden drei Erdbeben.

Paris, 11. Juli. (W. Z. B.) Infolge des erneuten Ausbruchs des Mont Pelé auf Martinique ist das direkte Kabel zwischen New York und Martinique zerrissen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Partei-Expedition im 2. Berliner Wahlkreis.

Parteiexponen! Am Sonntag, den 13. d. M., sollen die ausgelegten Abonnementlisten wieder abgeholt werden. Wir richten an die Bezugsführer und Helfer die dringende Aufforderung, sich recht zahlreich in den bekannten Lokalen einzufinden. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, bei dieser Arbeit hilfreiche Hand zu leisten, um nicht den von gegnerischer Seite im Kreise betriebenen Manipulationen gegen die Partei-Expedition Vorschub zu leisten und das so zu schaffende Partei-Unternehmen zu gefährden.

Durch Beschluß der am 4. d. M. in der Berliner Brauereitragenden Parteiversammlung tritt am 1. August für den 2. Wahlkreis die Partei-Expedition in Kraft. Aus praktischen Gründen kamen nur folgende Straßen in Betracht: Alexandrinenstraße, Am Tempelhofer Berg, Krenzstraße, Paruthstraße, Wärschstraße, Velle-Allianzstraße, Bergmannstraße, Blücherstraße, Wälschstraße, Wölschstraße, Woywitschstraße, Wendenburgstraße 1-17 und 64-82, Camphausenstraße, Chamisso-Platz, Dieffenbachstraße, Fichtestraße, Fiedrichstraße, Frielestraße, Fürbringerstraße, Geibelstraße, Gitschinerstraße 1-113, Gneisenaustraße, Goltzstraße, Gräfestraße, Grimmstraße, Großbeerenstraße 10-55, Hagelbergstraße, Hasenheide, Heimstraße, Hohenhausen-Platz, Hornstraße, Jahnstraße, Johanniterstraße, Jochimsstraße, Jüterbogstraße, Kappelerstraße, Kloeberstraße, Kopischstraße, Kottbuser Damm, Kreuzbergstraße, Lachmannstraße, Landwehrstraße, Lehmannstraße, Lichterfelderstraße, Luisen-Platz 47 bis Ende, Marchstraße, Mariendorferstraße, Mittenwalderstraße, Möderstraße, Moritzstraße, Müllendorferstraße, Poststraße, Plan-Platz, Prinz August von Württembergstraße, Prinzenstraße 1-16 und 103-119, Schenkerstraße, Schleiermacherstraße, Schönleinstraße, Sedan-Platz, Siedowstraße, Solmsstraße, Zeitowerstraße, Tempelhoferstraße, Tempelhofer-Platz, Am Urban, Urbanstraße, Wartenburgstraße, Waterloo-Platz, Wasserburgstraße 1-76, Wilsdorfstraße, Wilmstraße, Wollstraße 1-34 und 58-90, Wollenerstraße, Wollweberstraße.

Die Geschäftsführung steht unter der Kontrolle der Genossen, vertreten durch eine fängliche Zeitungskommission und die Vertrauensleute.

Wir richten an die Parteigenossinnen und Genossen die dringende Aufforderung, eine recht eifrige Agitation für die Partei-Expedition zu betreiben, um Abonnement für die Partei-Zeitungen zu gewinnen. Die Partei-Expedition wird bemüht sein, so frühzeitig und pünktlich wie möglich den „Vorwärts“ und alle anderen Parteizeitungen in die Hände der Abonnementen zu bringen. Die Partei-Expedition befindet sich vom 1. August an Mittenwalderstr. 80, vorn parterre, beim Genossen Hermann Werner. Die jetzige Wohnung ist bis 1. August Steinmeyerstr. 29, Hof 4. Etage.

Parteiexponen! Die Abonnementlisten müssen so schnell wie möglich an den untenstehenden Vertrauensmann abgeliefert werden. Alle bis spätestens Donnerstag, den 17. d. M., nicht abgeholtten Listen bitten wir ebenfalls dort abliefern zu wollen.

Die Vertrauensleute. Paul Scholz, Postenstr. 1, parterre.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der zu morgen geplante Auszug nach Rowawes, verbunden mit Besichtigung der Werkstätte, kann nicht stattfinden, und muß auf eine spätere Zeit verschoben werden, da die Raupenzucht in einem Zeitraum von zwei Tagen durch Krankheit vernichtet worden ist, und eine Neu-Einsichtung der Zucht erst wieder erfolgen muß. — Der nächste Auszug, welcher noch näher bekannt gegeben wird, findet in vierzehn Tagen statt. Der Vorstand.

Lokales.

„Hier ist ein Laden zu vermieten.“

So groß in Berlin der Mangel an Wohnungen, wenigstens an kleinen, trotz aller gegenteiligen Behauptungen immer noch ist, so groß ist auf der andern Seite der Ueberfluß an Läden. Wenn man jetzt durch die Straßen wandert, dann sieht man in manchen Stadtteilen schon heute, in der zweiten Woche nach dem Quartalswechsel, fast nirgends mehr einen Wohnungszettel aushängen. Die letzten Tage des Juni haben zwar wiederholt zahlreiche Kündigungen gebracht, aber die gefälligen Wohnungen sind, soweit sie aus nur ein oder zwei Zimmern bestehen, meist in allerletzter Zeit wieder vermietet worden. In großer Zahl dagegen findet man noch überall die bekannten roten Zettel: „Hier ist ein Laden zu vermieten.“ Wer einen Laden sucht, dem bietet sich eine reichhaltige Auswahl. In manchen Straßen stehen Dutzende von Läden schon seit vielen Monaten leer und harren vergeblich des Mieters. Und das gilt auch für die kleinen und kleinsten Läden: auch an solchen ist seit langem kein Mangel in Berlin.

Diese Erscheinung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Berliner Grundbesitz lange Zeit hindurch eine ständige Ueberproduktion an Läden getrieben hat. Jedes neue Haus mußte im Parterre seine stützende Läden bekommen, und auch in zahlreichen älteren Häusern wurden die Parterrewohnungen in Läden umgewandelt. Zum andern Teile aber ist der Lokalüberfluß in Berlin mit dadurch zu stande gekommen, daß und die letzten Jahre eine merkliche Unterkonjunktion an Läden gebracht haben. Die Ursache der wirtschaftlichen Verhältnisse, die die bürgerliche Klasse abzuleugnen sucht, sobald von der Arbeiterbevölkerung darüber geredet wird, hat auch in den Reichen der Handel- und Gewerbetreibenden nicht geringe Opfer gefordert. In den letzten Jahren hat so manches Geschäft, das früher leblich seinen Raum genüßte, zugemacht werden müssen, weil sich die Kundenschaft immer mehr lichtet und auch die wenigen Kunden, die noch blieben, ihren Bedarf immer mehr einschränkten. Die kleinen Handel- und Gewerbetreibenden der Arbeiterviertel wissen ein Lied davon zu singen, aber kein lustiges. Der Tag, an welchem in ihrem Schaufenster der rote Zettel „Hier ist ein Laden zu vermieten“ erscheint, bedeutet für viele von ihnen den letzten Akt einer bittersten Tragödie.

Die Hausbesitzer klagen natürlich nicht wenig darüber, daß ihnen jetzt so viele Läden leer stehen. Der Gewinn, der ihnen infolge des Mangels an Wohnungen mühelos in den Schoß fällt, wird in der That manchmal unter ihnen durch den Ueberfluß an Läden wieder geschnitten. In günstigen Zeiten findet sich ja für einen frei gewordenen Laden rasch ein anderer Mieter, der aus besseren Erfolgs hatte. Aber heute heute ein Geschäft neu aufmacht, da überlegt er es nicht einmal, sondern gehorcht. Daher muß denn auch mancher Hausbesitzer recht lange warten, bis er den roten Zettel aus dem Schaufenster herausnehmen darf. Dem einen oder dem andern unserer Hausbesitzer wird übrigens, wenn er seinen noch immer unvermieteten Laden ansieht, vielleicht der Gedanke durch den Kopf gehen, daß er selber an dem Ruin seines ehemaligen Mieters nicht ganz unbeteiligt ist. Die Geschäftslente haben in den letzten Jahren unter der Steigerung der Hausbesitzer ebenso zu leiden gehabt wie die Wohnungsmieter. Sobald ein Geschäft einigermaßen zu „gehen“ anfing, stellte sich der Herr Wirt ein und forderte von dem Ertrag der Arbeit seines Mieters seinen erhöhten Tribut. Ein Geschäftsmann ist gegen diese Jahr für Jahr wiederkehrenden Steigerungen noch wehrloser als ein Privatmann; denn ein Geschäft ist nicht so rasch zu verlegen wie eine Wohnung. Indes auch bei der fettesten Bonifikation hat das Zeitabschöpfen einmal ein Ende. Unsere steigersüchtigen Hausbesitzer kommen diese Einsicht meist erst dann, wenn sie eines Tages den roten Zettel aushängen müssen: „Hier ist ein Laden zu vermieten.“

Stipendien für Handwerksgehilfen. Aus dem Gewerks-Ausstellungs-Fonds sind alljährlich im Monat Januar zehn Stipendien zu je 60 M. an Gewerbegehilfen (Gefellen) bezugs ihrer weiteren gewerblichen Ausbildung zu verteilen. Anspruch darauf haben nur solche Gefellen, die Inländer sind und gute Zeugnisse, auch über ihre Geschäftlichkeit vorlegen können. Sie müssen ferner mindestens zwei Jahre lang in hiesigen Werkstätten gearbeitet haben. Bevorzugt werden solche Gefellen, die in Berlin geboren sind. Bewerber haben ihre selbstgeschriebenen Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufs, des Taufzeichens bzw. Geburtsattestates und der Originale oder beglaubigten Abschriften der Lehrzeugnisse sowie der Führungs- und Geschäftlichkeits-Atteste der Unternehmer, in deren Betrieben sie beschäftigt sind, bei dem Kuratorium des Gewerks-Ausstellungs-Fonds, Stralauerstr. 8-6, 1 Treppe, bis spätestens Ende September d. J. einzureichen. — Gesuche, die denen auch nur eines der vorstehend bezeichneten Weisheitsstücke fehlt oder mangelhaft ist, werden nicht berücksichtigt.

Gegen die Anrufschere geht der preussische Kultusminister Dr. Studt zu Felde. Es sollen gegen diejenigen, die als „Nichtapprobierte“ die Heilkunde ausüben, strenge polizeiliche Maßnahmen eingeführt werden und durch Polizeiverordnung das Annoncieren insofern eingeschränkt werden, als öffentliche Anzeigen, sofern sie über Vorbildung, Befähigung oder Erfolge Heilkundiger Täuschungen erwecken oder präferentielle Versprechungen enthalten, verboten und Zuwiderhandlungen bestraft werden.

Anarchistenverfolgung. Die Berliner Polizei fahndet seit einiger Zeit auf eine im Londoner Verlag herausgegebene anarchistische Broschüre „Der Generalstreik und die soziale Revolution.“ Am 3. Juni wurde bei Rudolf Starke erfolglos eine Hausdurchsuchung nach der anarchistischen Schrift unternommen und seit der Zeit auf Beschluß der Untersuchungsbehörde die Briefsperrung über Starke verhängt. Die das „Neue Leben“ behauptet, wird diese Briefsperrung in sehr sonderbarer Weise gehandhabt, dem Adressanten kommen für die Untersuchungsbehörde ganz unwichtige Mitteilungen, wie Zeitungsbestellungen und geschäftliche Korrespondenzen erst nach Wochen zu Gesicht.

Von Messerstechern überfallen wurden am Donnerstagsabend in Treptow die 19 und 22 Jahre alten Arbeiter Heinrich Serding und August Naabe. Serding besitzt ein Fahrrad und hatte es übernommen einem Bekannten in Treptow in der ziemlich stillen Jordanstraße dort ebenfalls die Fahrten zu beibringen. Dabei half ihm auch Naabe. Als nun die jungen Leute am Abend um 9/4 Uhr durch die Jordanstraße wieder nach Hause gingen, kam von der Treptower Wiese her eine Gesellschaft von fünf Männern und zwei Frauen. Zwei von den Männern waren betrunken und hatten Streit mit den Frauen. Da sie sehr laut waren, so blieben Serding und Naabe einen Augenblick stehen. Nun fragte sie einer der Betrunkenen: „Na, Ihr wart wohl auch zur Geburtstagsfeier auf der Rixdorfer Wiese?“ Serding antwortete nur: „Lassen Sie mich zufrieden!“ Sofort erhielt er einen Messerstich in die linke Hand. Naabe sprang ihm bei und versuchte, die Kerle zurückzustoßen, brach aber schon im selben Augenblick schwer verwundet zusammen. Ein Messerstich in den Rücken war bis in den rechten Lungenflügel durchgedrungen. Nun ergriffen Männer und Weiber die Flucht und entkamen, da in der einsamen Straße niemand war, der sie hätte aufhalten können. Als dann einige Leute dazukamen, die dem Schwerverwundeten beistanden, fuhr Serding mit seinem Rad nach der Sanitätswache am Görtzler Bahnhof. Diese verband ihn und ließ Naabe sofort mit einer Droste holen, dessen Verletzung erweies sich als so schwer, daß man ihn mit einem künstlichen Rettungsapparat nach dem Krankenhaus am Urban bringen mußte. Aus derselben Anstalt war er erst vor fünf Wochen herausgelassen, nachdem er an einem Lungenleiden neunzehn Wochen lang darnieder gelegen hatte.

Beim Baden ertrunken ist Donnerstagsmorgen in der Fluh-Waldenstalt an der Stralauer Allee 5 ein junger Mensch, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht. Er tauchte in dem Wasser, das ihm kaum bis an die Hüften reichte, mehrmals unter und kam schließlich nicht wieder zum Vorschein. Ein anderer Badegast sprang ihm nun nach und holte ihn heraus. Er war aber schon eine Leiche und Wiederbelebungversuche, die ein Arzt anstellte, blieben ohne Erfolg. Nach einem Schriftstück, das man in seinen Kleidern fand, scheint der junge Mann ein Arbeitsbursche Namens Jilich zu sein.

Die Notwendigkeit der Bauen-Controleure, wie sie in der Petition der baugewerblichen Arbeiter an das Abgeordnetenhaus verlangt werden, wird wieder durch ein schweres Unglück bewiesen. Auf dem Bau Engel in der Straße 10 werden gegenwärtig die Dachdeckerarbeiten ausgeführt. Der dort beschäftigte Dachdecker Julius Fischer war am 9. Juli seinem Arbeitskollegen behilflich, Latzen zuzureichen. Durch einen Fehltritt verlor er das Gleichgewicht und stürzte durch die Aussteigeleiste, und da die oberste Balkenlage nicht abgedeckt war, so stürzte er bis in die dritte Etage hinab. Mit einigen Knochenbrüchen und anscheinend schweren inneren Verletzungen blieb der Unglückliche liegen. Wann endlich wird die Regierung gerade im Hinblick auf solche Unfälle sich dazu herbeilassen, den so berechtigten Forderungen der baugewerblichen Arbeiter auf bessere Schutzvorrichtungen Rechnung zu tragen.

Ein schwerer Unfall stieß am Donnerstagsvormittag zwischen 11 und 12 Uhr dem Landtags-Abgeordneten Generalleutnant z. D. v. Heidebreck zu. Der Räder des Reichstagsgebäudes wurde er von einer Droste umgefahren und erlitt einen Schulterbruch und eine schwere Verletzung an der rechten Schläfe. Eine verwundete Dame, die ihn begleitete, ließ ihn mit einer Droste in ein Krankenhaus bringen. Auf dem Wege dorthin erlitt er einen starken Luftverlust. Andre Ausfächer, die sich in der Nähe der Unfallstelle befanden, bestanden, daß ihren Verunglückten keine Schuld treffen. Sie wollen auch gesehen haben, daß der Verunglückte nicht eigentlich überfahren, sondern so umgestoßen sei, daß er mit dem Kopf und der Schulter auf die Bordwand aufgeschlagen sei. Ob diese Darstellung und die Behauptung des Droschkenführers, daß er den Fußgänger wiederholt und laut genug angerufen habe, richtig sind, bedarf noch der Feststellung.

Kinderspiele. Am Sonntagvormittag von 9-11 1/2 Uhr finden wiederum die vom Turnverein „Fichte“ geleiteten Kinderspiele für Knaben und Mädchen statt, und zwar für den Nordost-Bezirk auf dem Sportplatz Friedrichshagen, Treffpunkt: Landsberger Platz am Kriegerdenkmal; für den Südost-Bezirk auf dem Spielplatz im Treptower Park, Treffpunkt: Oberreiarer-Brücke am Schleißchen Dusch; für den Nord-Bezirk: Jungfernhöhe beim Rößler Schulz, Treffpunkt: Köhnhof Weisfelstraße. Abmarsch für alle Bezirke zu den Spielplätzen Punkt 8 1/4 Uhr.

Die Besucher der Treptow-Sternwarte haben jetzt während der kommenden Woche eine glänzige Gelegenheit, mit dem Riesenspektroskop die vulkanischen Gebilde auf dem Mond zu beobachten. Wenn auf der Erde dann und wann Eruptionen neuer Krater-kegel bilden, so können diese in ihren Dimensionen sich mit ähnlichen Gebilden auf dem Mond gar nicht vergleichen. Die drei großen Ringwälle Stolemäus, Alphons und Arzachel, welche auf der Mitte des Mondes liegen, haben allein die Größe der gesamten englischen Inselkette. Besonders gut sind die sogenannten Krater mit dem großen Fernrohr zu sehen, welche wohl durch Erdbeben entstanden sind. Auch die Strahlengebilde von Kopernikus, Tycho und Kepler, welche sich viele hundert von Kilometer weit über Mondberge und -Thäler hinerstrecken, deuten auf frühere Eruptionen von Asche- und Lavamassen auf dem Monde hin. Sonntag, den 13. Juli, spricht Direktor Archenhold um 5 Uhr über „Ungewöhnliche Dämmerungserscheinungen und Vulkanausbrüche auf dem Monde und der Erde.“ Um 7 Uhr lautet das Thema „Was wir vom Monde wissen.“ Bei beiden Vorträgen werden zahlreiche Lichtbilder vorgeführt. Zur Beobachtung gelangen noch die beiden Planeten Jupiter und Saturn, welche im großen Fernrohr Hede erscheinen lassen, die wir auch als

Eruptionsercheinungen dieser noch nicht völlig erkalteten Planeten ansehen müssen.

Zeugen gesucht. Diejenigen, die am Donnerstag den Transporthaus ansehend einen Mannes vom Kaufherplatz nach der Polizeiwache mit anfahren, werden gebeten, uns ihre Adresse zu übermitteln.

Aus den Nachbarorten.

Dammfall. Auf einem Neubau in Fiechman führte heute der Arbeiter B. von einem zwei Stock hohen Gerüst und blieb befehllos auf der Straße mit einem Oberschenkelbruch liegen. Auf der Unfallstation Wollstraße wurde noch eine schwere Gehirnverletzung festgestellt. Es machte sich die Ueberführung in das Krankenhaus am Urban notwendig.

Die Stadtverordneten-Lichtenbergs, nicht dessen Eingemeindung in Berlin wird von der Regierung bekräftigt. Der Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, der bekanntlich kürzlich in Begleitung des Oberpräsidenten v. Bethmann-Hollweg wie des Landrates v. Trebbow die Lichtenberger Gemeinde-Einrichtungen besichtigte, äußerte sich wohlwollend über die Lichtenberger kommunale Verwaltung. Auch soll sich der Minister mit sehr großer Genauigkeit über den Bau der evangelischen Kirche geäußert haben, so daß schon allein deswegen die Lichtenberger die Gunst des Ministers im Sturm erobert haben. Man muß auch anerkennen, daß im Kirchenbau die Lichtenberger Gemeindeverwaltung ganz auf der Höhe steht, wo es fehlt, daß sie auf einen andern Platz.

Eine hiesige Korrespondenz will weiter wissen, daß es ausgeschlossen erscheint, daß die Regierung einer Vergrößerung Berlins durch Aufnahme von Lichtenberg in die Reichshauptstadt ihre Zustimmung giebt, schon um nicht einen Präzedenzfall zu schaffen und das seinerzeit fallen gelassene Projekt der Vereinigung aller Vororte der näheren Umgebung mit der Residenz zu einem „Groß-Berlin“ wieder in Fluß zu bringen.

Wilmersdorf. Das hiesige Gewerbegericht hat nunmehr seine Tätigkeit begonnen und am ersten Tage einige Mogen erledigt. Bei Einbringung von Klagen erteilt der Obmann der Gewerbegerichts-Beisitzer, Otto Gladigow, Wilhelm-Aue 100, bereitwillig Auskunft.

Aus Neu-Weichensee wird uns berichtet: Die Einweihung der neu erbauten evangelischen Kirche, welche im Herbst geplant ist, wird stark bezweifelt, denn es fehlt an den nötigen Mitteln. Ein hiesiges Lokalblättchen schreibt, daß vom Laienstandpunkt aus betrachtet, der innere Ausbau recht langsam fortschreitet, und giebt bekannt, daß es kein Geld sei, wenn noch recht viel zusammengekauert wird, damit nicht der Mangel an Baugeld die Fertigstellung verzögert. Wir meinen, daß diese ausgedehnte Bekundung der beste Beweis ist, wie wenig ein Kirchenbedürfnis vorhanden ist. Man hat der hiesigen Einwohnerschaft, welche, wie bekannt aus 4/5 Arbeitern besteht, ganz zu Unrecht eine erhebliche finanzielle Belastung aufgeschult. Wenn aber, wie z. B. bei dem für den hiesigen Ort so notwendigen Gewerbegericht, Mittel verlangt werden, so sträubt man sich mit Händen und Füßen dagegen.

Im übrigen scheint hier alles in Ordnung zu sein, denn seit vier Wochen haben die Herren Gemeindevorordneten Ferien und ist auch nicht abzusehen, wie lange die Ferien noch dauern werden. Unsere neugewählten Genossen Garg und Schumann harren noch der Einführung, trotzdem dieselben bereits am 6. Juni gewählt sind.

Berichts-Beilage.

Der Leipzig'ger Bankprozeß führte gestern zur eingehenden Erörterung der Verbindung der Bank mit der Trebergesellschaft. Die Verhandlung bot im allgemeinen keine neuen Momente.

Aus der Frauenbewegung.

Gegen die russischen Studentinnen richtet sich ein Erlass des Unterrichtsministers, den der Rektor der Berliner Universität, Herr Kekulé v. Stradonitz am „Schwarzen Brett“ bekannt giebt. In dem Erlass heißt es, daß die Reisezeugnisse der russischen Mädchen-Gymnasien für den Besuch der Universität in Zukunft nicht mehr als genügend angesehen seien, auch dann nicht, wenn die mit einem solchen Zeugnis versehenen die Ergänzungsklasse durchgemacht und den Rang einer Erzlehrerin erhalten oder die Ergänzungsprüfung im Latein bestanden haben. Auch die fernere Bewährung von Hospitantenscheinungen an die bereit zu Grund solcher Zeugnisse zugelassenen Frauen darf nur in ganz besonderen Fällen erfolgen. — Aus geht aus den Kreisen russischer Studentinnen eine Zuschrift zu, in welcher der Nachweis geführt wird, daß die Ausbildung in den russischen Mädchengymnasien mindestens auf gleicher Stufe steht mit derjenigen, welche die deutschen Lehrerinnen-Seminare gewähren. Aus Raumangel können wir leider diese Zuschrift heute nicht in vollem Umfange wiedergeben.

Frauen in leitender Stellung. Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Notiz, wonach in Tirol der erste weibliche Bahnhofsvorsteher angestellt worden sei. Wie jetzt die „St. James Gazette“ mitteilt, marschiert Oestreich in dieser Beziehung keineswegs an der Spitze der Kultur, wie man anlässlich der Mittellage über die dortige Stationsvorsteherin annahm. Das genannte Blatt führt eine ganze Reihe von Beispielen an, in denen sich Frauen Positionen geschaffen haben. In England ist die Stationsvorsteherin nicht neu, denn eine ganze Anzahl von kleinen Bahnhöfen befindet sich unter der Obhut von Frauen. Im Betriebe der australischen Staatsbahn ist eine ganze Anzahl von Frauen thätig, und im Staate Victoria giebt es nicht weniger als zweihundert Bahnhofs-Vorsteherinnen. Im Dorfe Witten in Gloucestershire versteht eine alte Dame seit sechzig Jahren den Dienst als Briefträgerin. Das Grasschaftsgefängnis von Kent in Neuschottland untersteht weiblicher Leitung. Weibliche Direktoren giebt es in England sowie in Amerika, und eine der reichsten Frauen Englands ist Mitglied des Direktoriums eines der ersten Bankhäuser. Das britische Handelsamt verteidigt die See noch gegen die vordringenden Ebas-töchter und hat Lady Ernestine Wendenelle Bruce das Kapitänscertifikat verweigert; die verwitwete Lady Clifford dagegen besitzt ein solches und segelt ihre eigne Yacht im Mittelmeer. Die Postbehörde beschäftigt etwa 30 000 Damen in ihrem Dienste und zwischen 6000 und 8000 Postämter Englands werden von Frauen verwalte.

Vermishtes.

600 Bergarbeiter verhaftet.

Aus Pittsburg (Pennsylvanien) kommt die erschütternde Kunde, daß bei einer Explosion auf einer Kohlengrube bei Cambria 600 Bergleute in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt, die Angaben schwanken zwischen 100 bis 250. Eine spätere telegraphische Meldung besagt, die Zahl der Manuskripten, die in der Cambria-Mine umgekommen sind, wird auf 300 geschätzt. Alle Gruben in der Nachbarschaft sind geschlossen, da die Bergleute bei den Rettungsarbeiten Hilfe leisten.

Auffällige Landarbeiter. Aus Trendelburg bei Hofseldmar wird gemeldet: Infolge von Lohnrückstellungen kam es auf der hiesigen Domäne zu einem Tumult. In dem Glauben, daß sie bei der Auszahlung von ihrem Lohnherrn, dem Freiherren von Grothe, reichhaltig worden seien, führten die polnischen Arbeiter das Haus des Domänenpächters, Herr v. Grothe telephoniert nach der nahegelegenen Garnison Hofseldmar um Hilfe. Bald darauf sprengte eine Abteilung Dragoner unter Führung eines Offiziers in den

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Telefon Amt 7 Nr. 353.

Sonntag, den 13. Juli 1902, vormittags 10 Uhr:

Allgem. Versammlung der Gas-, Wasser-, Heizungs- Rohrleger und Gehilfen im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Link über: „Submission und deren Nachteile für die Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Halbjährigen Bericht der Agitationskommission, euent. Erfragen. 4. Verbandsangelegenheiten und Bericht des Vergütungskomitees. 117/9
Sämtliche bei Zunungsmessern beschäftigten Kollegen werden ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend in sämtlichen Zahlstellen:
Entgegennahme von Beiträgen u. Ausgabe von Flugblättern.

Morgen, Sonntag, früh 10 Uhr, Posenerstr. 10:
Vorstands-Sitzung.

Montag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Guffitenstr. 40: Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die Urgeschichte des Christentums.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Montag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, Frankfurterstr. 117: Öffentliche Versammlung für alle in der Möbelpoliererei beschäft. Personen.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Möbelpolierer zu der von den Tischlermeistern geplanten Aufsperrung? Referent: Kollege A. Weber.
2. Ist es unsere Pflicht, die arbeitslosen Kollegen zu unterstützen? Referent: Kollege C. Wernuth.
3. Verschiedenes.

Es wird erwartet, daß ein jeder Möbelpolierer in dieser Versammlung erscheint.

146/12 Der Vorstand.

Gewerkschaftlicher Frauenverein sämtlicher Berufe Berlins und Umgegend.

Montag, den 14. Juli, abends 9 Uhr, Sebastaianstr. 39:
Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Max Schütte über „Marx“. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Kommission von 12 Personen zu dem Kinder-aussch. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsfachen. 6. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Herren und Damen als Gäste haben Zutritt.

220/11 Der Vorstand.

Chausseestr. 39. Britz. Chausseestr. 39. Bethges Festsäle u. Garten.

Sonntag, den 13. Juli:
Grosses Volks-Fest

veranstaltet von den Parteigenossen in Britz unter Mitwirkung des Musikvereins „A Tempo“, des Arbeiter-Gesangsvereins „Britz“ (R. d. K. S. B.), des Gesangsvereins „Sängerlust“ aus Tempelhof (R. d. K. S. B.), von Mitgliedern der „Freien Turnerschaft Rixdorf-Britz“ u. des „Berliner Uk-Trio“.

Zur Saale: Großer Ball. Herren, die daran teil-nehmen, zahlen 50 Pf. nach. Bei eintretender Dunkelheit: 202/19
Kinder-Fackel-Polonaise, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.

Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. Das Komitee.

Grosse Ferien-Extrafahrt Täglich: Ober-Spree mit Dampfer „Frieda“.

Montag u. Donnerstag. Neue Mühle.
Dienstag und Freitag. Grünau, Schmöckwitz (Berliner Schweiz).
Wittwoch. Woltersdorfer Schleuse, Riekwerder.
Fahrpreis 50 Pf. hin und zurück. Abfahrt 2 1/2 Uhr.

Jeden Sonntag: Grünau, Schmöckwitz, Berliner Schweiz.
Grünau 40 Pf., Schmöckwitz 60 Pf., Berliner Schweiz 70 Pf. für einfache Fahrt.
Abfahrt: Café Alsen, Sachses Wellenbad, Schiffsche Brücke 2.
Rudolf Rehdien, Dampferbesitzer.

Wo? In ein schöner Aufenthalt, schon zu Fuß, Rad und Krasse zu erreichen? Beim alten Freund auf Pichelswerder. — Für gute Küche usw. ist immer bestens gesorgt! 45122*
Musik: Elektrisch.

Paul Hilper's Restaurant u. Garten Halensee, Kurfürstendamm 126.

Erste Halbesation für Kreiser, Ausparties usw. am Bahnhof Halensee. Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Preisentarte zu kleinen Preisen. Familien können Kasse lochen. Zahlreichem Besuch recht entgegen.

Seltenes Angebot.

Um für die eingehenden Herbst-Neuheiten Raum zu schaffen, haben wir die Restbestände von letzter Saison in

Teppichen, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch-, Reise- und Steppdecken, Läuferstoffen, Möbelstoffen und Plüsch

nur in bekannt vorzüglichen Qualitäten u. großartiger Auswahl gegen Barzahlung bis 33 1/2 % herabgesetzt.

Teppichhaus Adler & Co., Königstr. 20-21, dicht am Rathaus.

45712*

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter

Antonie Wiemer, geb. Richter, nach langem, schwerem Leiden am Herzschlag plötzlich sanft entschlafen ist. Dies zeigen an und bitten um stille Teilnahme 7818
Der trauernde Gatte nebst Sohn Adam Wiemer und Sohn Edmund. Die Beerdigung findet Sonntag, den 13. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle, Vorfußstraße, aus statt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kaufmann Hermann Weicher

am 9. d. M. verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauer-hause, Kolonnenstr. 30, aus nach dem Pauls-Kirchhof, Seestraße, statt. Um zahlreiche Beteiligung erucht 248/12
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Codes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtner Hermann Schacher

am 9. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, den 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofs am Blücherplatz. Bitte Beteiligung erwarten 117/10
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Centralverband der Köpfer für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers Christian Huppe, meinen herzlichsten Dank. 7908
Edwige Huppe, geb. Dube, nebst Kindern.

Carl Kahns Rummelsburger Volksgarten

— Hauptstraße 4. —
Jeden Sonntag: Ball und Frei-Konzert. Bier a Glas 10 Pf., Weidhler 20 Pf. (auch Sonntags). 7826*



Hüte! Herrenhüte von 1,50 an
Anabenhüte „ 0,75 „
Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen. Mützen, Strawatten. 45049*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Salfystraße.

Sauerstoffwasser

nach ärztlicher Verordnung
grosse Flasche 10 Pf. exkl. Glas.
Zu haben in unseren ca. 300 Niederlagen.
Von 30 Flaschen ab frei Haus.

Sellerswasser
grosse Flasche a 5 Pf. exkl. Glas.
Brausellimonaden.

Himbeer-, Citronen-, Waldmeister-Geschmack a 10 Pf. exkl. Glas, nur aus frischen destillierten Früchten bereitet. Zu haben in unseren ca. 300 Niederlagen. Von 30 Flaschen ab frei Haus.

Fruchtsäfte
Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinsten Raffinade eingekocht, a Literflasche 1,30 exkl. Glas.

Citronensaft zur Kur
aus frischer Frucht a Fl. 1,50, 1,00 und 0,55 H.
Zu haben auch in unseren ca. 300 Niederlagen. Bestellungen frei Haus bitten direkt an uns zu richten.

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.
Fernsprecher Amt III No. 3524. 46181*

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu ermäßigten billigen Preisen. Dubaten-Trauring, 900 gef. 1/2, Dubaten 15,50 2 Dubaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eicht Rathenower Brücken, Vincenz, Operngläser. 45000*

T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Treptow.

Richters Jägerheim. Bellers Gesellschaftshaus. Joëls Victoria-Garten. Ludwigs Park-Restaurant. Hohlweins Kegler-Schlösschen (Köpenicker Landstrasse.)

Am Sonntag, den 13. Juli 1902:

Sommer-Fest

arrangiert von den Parteigenossen
des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Süd-Ost)
bestehend in

Grossen Konzert

bei fast befehten Kapellen, ausgeführt von Mitgliedern des Central-Verbands der Civilmusiker Deutschlands. Kinder-Belustigungen gratis. Marionetten-Theater. Stocklaternen. Fackelzug. — Die Kaffeefläche steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung (1 Liter 60 Pf., halber Liter 35 Pf.) — Von 4 Uhr ab in allen Sälen: Grosser Tanz (Herren, die daran teilnehmen zahlen 50 Pf. nach). — Eröffnung 2 Uhr.

Billet 10 Pfennig.

Durch den außerordentlich niedrigen Eintrittspreis wird es jedem Parteigenossen mit seiner Familie möglich sein, dieses Fest zu besuchen. Da wir auch für die Belustigungen der Kinder auf das Beste gesorgt haben, sehen wir einem recht zahlreichen Besuch entgegen.

214/10* Das Komitee.

Gelegenheitskauf!

Nach beendeter Frühjahrs-Saison habe ich diverse Muster aus meinem reichhaltigen Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe aufsortiert und stelle solche ganz bedeutend unter Preis zum Verkauf wie folgt:

Jackett-Anzüge für Herren
bisheriger Preis teilweise 30-40 Mark

jetzt nur 20 Mark.

Paletots für Herren
jetzt 10 und 15 Mark.

Herren Hosen bisher 8,00, 10,00 u. 12 Mark.
jetzt nur 6 Mark.

Anaben-Anzüge in Jacket, Mittel oder Blusenform
jetzt 3,75 Mark.

Burschen-Anzüge
jetzt 9,75 Mark.

Es ist dies eine günstige Gelegenheit, zur Heise oder Ferienzeit, wirklich dauerhafte Garderobe, wenn auch Muster oder Form von der heutigen Mode etwas abweichen, billig zu erwerben.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO., Oranienstr. 166.
Potsdam, Nauenerstr. 23.

PAGLIANO-SYRUP

seit 1838 bewährtes und altes Erfrischungs- u. Reinigungsmittel für Blut u. Stoffe! Jede Flasche und Schachtel tragen den Namenszug des Prof. Girolamo Pagliano, Florenz, auf blauem Grunde. Zu haben in Apotheken. Generalversand für Deutschland: Carl Hunnius, München. 25/20*

Benötigen Sie Rasier-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser u. Gabeln, Scheren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Wagen, Lederwaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Cigarren- und Cigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Namen in Gold-
schrift per Stück 10 Pf.



überzeugen, in Silberstahl-Rasiermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein höhigeschliffen, mit Etuis, fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.
Am Bahnhof Hirschgarten. Joh. W. Keller, Gastwirt.
 Empfiehlt den Vereinen und Gesellschaften seinen schönen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Regeldamen, Rastplätze, Gaispferde Tiere u. Spielplätze zu jeder Tageszeit. Volksbelustigungen.
 Auch zu erreichen Abend von Bahnhofstraße, Keller Wilhelmshof, Sündenrauschstraße (neue Straße nach Friedrichsh.) Radfahrer Pumpstation.
Jeden Sonntag: Frei-Konzert.

„Pferdebucht“, Restaurant b. Köpenick.
 Empfehle mein allbekanntes, in herrlichem Landschaftsgelegenem Lokal dem geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartien. Sommerwohnungen mit und ohne Pension. Grobhartige Brombeeren. 100 Morgen Spielplätze. 6000 Stühle. Aufspannung für 80 Pferde. Gute und berühmte Küche. — Es ladet zum Besuch freundlichst ein
Wilhelm Bräsewitz, Wefiger.
 40368

Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen. Helikted Fabrik-Veranstaltung am Plage. — Gegründet 1876.

14 Tage zur Ansicht versenden wir franco prima Nickeluhr Nr. 965 genau wie Zeichnung 27 cm lang nach Wunsch mit Quaste oder Kompass-Anhängen, damit sich Jeder ohne Risiko von der Qualität und Ausfüh-rung überzeugen kann. Besteller verpflichtet sich, in angegebener Zeit die Uhr zu re-tournieren oder den Betrag von **nur Mark 1,50** einzulösen.
 Sollte angeführte Nummer Ihrem Wunsch nicht entsprechen, so verlangen man neuesten Hauptkatalog für's Jahr 1902 (ohne Kaufzwang) gratis u. franco. Derselbe enthält außer angeführter Nr. noch ca. 80 verschiedenartige Herrenuhren, ferner große Aus-wahl in Damenuhr u. Halsketten, Broschen, Ringen, Taschenuhren, Regulatoren, Wecker, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuß-u. Stichwaffen, Waagen, Seifen, Reben- oder Gartenschere, Gärtnermesser, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- u. Biermesser, Taschennmesser, Rasier-messer, Tafelmesser und Gabel, Damen-, Haar- und Schneide-scheren, Haarmaschinen, Rasierentwürfe, Musikinstrumente und sonstige Schmuck- und Haushaltungsartikel.

Catalog enthält Neuheiten in Handwerker-Uhrketten für Schuster, Zimmer-leute, Maurer, Metzger, Klempner, Böttcher, Schlosser, Wäcker, Schreiner, Dachdecker, Schmiede und Bergleute.

Mehr wie ein Stück nur gegen Nach-nahme. bitten genau auf unsere Firma zu achten.

Zwölf Monate Garantie!



geküßten wir für obenstehendes Portemonnaie Nr. 2702 (genau wie Zeichnung), echtes braunes Rindleder, aus einem Stück gearbeitet, 6 Fächer, weiches vernickeltes Bügel und Schloß, sehr schön und dauerhaft gearbeitet, **reelle Ware für den denkbar billigsten Preis von 2,50 Mk. franco** gegen **Nachnahme** oder vorherige Einzahlung des Betrages. Jedem Portemonnaie wird **Garantieschein** beigelegt.
 Es sollte Keiner versäumen, diese günstige Gelegenheit zu benutzen, da solches bis heute von keiner Konkurrenz angeboten wurde.
 Unser Katalog enthält eine große Auswahl von Portemonnaies, falls vorstehendes Muster nicht gefallen sollte, bitte nach dem Kataloge zu wählen.
 Zahlreiche Anerkennungen laufen täglich unaufgefordert bei und ein.

Garantieschein: Nicht gefallende Waren tauschen wir um oder zahlen das **Geld zurück.**

Umsonst und portofrei

versenden wir an jedermann unsere neuesten **illustrierten Prachtkatalog Ausgabe 1902** mit über 2500 Abbildungen von Solinger Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silber-waren, Handhaltung-Gegenständen, Uhren, Uhrketten, Musikwaren, Pfeifen, Cigarren, Cigarrenspitzen, Spielwaren, Regenschirmen, Spazierstöcken u. sonstigen vielen Neuheiten. Bemerken noch, daß nur elegante, gediegene, gute und preiswürdige Ware zum Versand kommt.
 Wir bitten genau auf unsere Firma und Fabrikmarke zu achten.

Die schönsten Herren-

Kunzige Herrengarderobe in neu, sowie special 42749
Monatsgarderobe
 von Kavaliere zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu staunend billigen Preisen stets zu haben.
J. Wand, Prinzenstr. 17, Ecke Wasserthorstraße.

Cigarren- u. Cigaretten-Fabrik Schillingstr. 7. Reuss. Schillingstr. 7. Groß u. Einzelteil empfiehlt nur feinste Qualitäten. 43579
H. Fyrs.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41. Spezialarzt für 25/17* **Haut- und Nervenleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Eigene Confection.
Elegante Costümröcke
 enorm billig in Tuch, Sammgarn und Cheviot, 3 M., 5 M., 6 M., 10 M., 15 M., Alpaca 4,50 M., 6 M., weiss Cheviot und Piqué 3, 5, 7-15 M.
Piqué-Kleider
 weiss und farbig 7,50 M., 10 M., 15 M.
Hochelegante Waschkleider
 in Zephyr, Satin u. Piqué 8 M., 10 M., 12 M.
Organdy 18 M., 20 M.
Seiden-Kouillard 35, 50 M.
Jaketkleider elegante Façons
 in Zibeline, Reversibel, Cheviot, Covercoat, Homespun 15 M., 20 M., 25 M.
Blusen in Waschseide, einschlägige Streifenmuster, 3,50 M., 5 M., 6 M.
Blusenhemden 1,35 M., 2 M.
Morgensrücke und Matinées 3 M., 5 M., 6 M.
Golf-Capes
 Reise-Capes, Gummimantel, Staubmäntel jezt 3,75-15 M.
 Schwarze, glatte u. besetzte Capes und Kragen in Taill mit Application und feinem Rips 10 M., 15 M., 20 M.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandanten-Strasse, Ecke Lindenstraße.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Alleinverkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund und einem Saum gearbeitet. Sehr feste Knaufnähte. Haltbarste Pilot- oder Lederhose. Große Hosen umsonst. Die Hosen
 bei Entnahme von 4 M. 50
 6 Stück 28 M.
 Echtblaue Monteur-Jackett 1 M. 00
 Echtblaue Monteur-Jackett 1 M. 50
 Echtblaue Monteur-Jackett
 Prima Leder-Hose 2 M. 50
 Echtblaue Monteur-Hose 2 M. 10
 Prima Leder-Hose 2 M. 50
 Manchester-Hose 5, 25, 4, 25, 3 M. 50
 Gefärbte Manchester-Jackett 14 - 9 -
 Weiße Friseur-Jackett 3,50, 2 M. 75
 Steinbock-Jaden, Treibig 4,25, 3 M. -
 Wäcker-Rittel 3 - 2,50, 2 M. -
 Mechaniker-Rittel (braun) 3 - 2 M. 40
 Weiße Leder-Jackett, Treibig 7,50, 3 M. 75
 Weiße Lederhosen 4,50, 2 M. 75
 Zwillinghosen, fest u. schön, 3 - 1 M. 75
 Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
 Chaussee Nr. 25. Brückenstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Die 19. Preisliste 1902 wird sofort los und portofrei zugesandt.
 Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 44838
 - Versand von 20 M. an franco. -



Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister
 en gros Schneidermeister en détail
Dresdenerstr. 4 | Hauptstraße 143
 am Kottbuser Thor. Schöneberg. Telephon Amt IX 6950.

Sommerpaletots von M. 13,50 an	Sommer-Jacketts von M. 2 an
Koch-Anzüge 23	Jünglings-Anzüge 12
Jackett-Anzüge 15	Knaben-Anzüge 3

Wash-Anzüge und Blusen für Knaben von M. 1,- an.
Anfertigung nach Maass
 in eleganter Ausführung unter meiner persönlichen Leitung. 45078
Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen.
 Streng feste Preise.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort **5 Pfennig.**
 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
 Restauration sofort billig ver-fänglich, voller Schank, Verein, wegen Bezug noch außerhalb, Behme-strasse 28. 135*
 Grünfranggeschäft fruchtbarlicher billig zu verkaufen Goltzowstrasse 10. 142*
 50 Hochwalparzellen, nahe am See, verkauft bei kleiner Anzahlung Bekker Pfannbann, Bernsdorf, Lindenstraße 15. 3876
 Gardinenhand Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*
 Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark Verkauf Sonnabend und Sonntag, Besenhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 11778*
 Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Aufabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barntin-strasse 4 und 5, Sonntag ge-öffnet. 11978*
 Teppiche! (fehlerrichte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Badische Markt 4, Bahnhofstraße. 11178*
 Herrenfahrrad, niedrig, fast neu, und einen echten schwarzen Wolfspitz verkauft Wöckel, Weinländerstrasse 18a, vorn III. Sprechzeit abends 6-8. 1714

Zweitflüg. Teppiche, Betten, Strohbetten, Gardinen, Regulatoren, Kleiderbügel, Weichwand, Reanderstrasse 6. Teilzahlungen gestattet. *
 Bettfedern, Bund von 45 Pf an, acht einseitige Standardmattenden Bund 1,00. Badischer Landberger Allee 37, I. 1306K*
 Teppiche mit Harzweilern, Badischer Landberger Allee 37, I. 1306K*
 Verfallene Pfänder, goldenen Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Altes Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfand-leihe Prinzengasse 23, I. Ecke Ritterstrasse. 7248*
 Verfallene Pfänder: Uhren, Ringe, Ketten, Regulatoren (spott-billig) Pfandleihen Alexanderstrasse 73.
 Nähmaschinen, verfallene, spott-billig, (Kleinausswahl) Pfandleihen Alexanderstrasse 73. 26104*
 Ringschiffchen 20,00, Garantie, gutemahnd, Vangschiffchen 10,00, Alexanderstrasse 7. 2972*
 Steppdecken billig Habitz Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*
 Junge deutsche Doggen zu ver-kaufen. Nirxorf, Gohrdtschstraße 14, Spidernman. 1131*
 Vagantwandwahl, großartige Spreier, billig, Vogelhandlung Oranienstrasse 87. 7625*
 Restauration am Bahnhof Schöne-berg, Götzenstraße 4, zu verkaufen. 1714

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Marke 100, gedranche tabellos, räumungshalber spottbillig, Adolfs-strasse 60/61, Vondbergstrasse 82.
 Fahrrad, neu, zu verkaufen. Freymarkt, Kamlerstraße 4, Quer-gebäude I. 7926
 Fahrrad verlorst Dielen, Königin Augustastrasse 23. 7809
 Fahrräder, gebrauchte, ungebrauchte, mit sämtlichen technischen Reparaturen versehen, verkauft bevorstehenden Saisonanlaufes wegen unglücklich-billig Pfandleihen Seydelstraße 20, Eingang Grünstraße. 17789
 Krankheitshalter verkaufe sofort meine Raierwaren, Doh, Gemüse-handlung, Viktorstraße 63. 7796
 Herrenrad, hochlegant, umkänbe-halter, 80,00, Schönhauser Allee 177a, Rauch.
Vermischte Anzeigen.
 Rechtsbureau Habich, Andreas-strasse Dreizehnsteck, Rechtsbureau, Eingabengasse, Materstellung. 7318*
 Unfallfachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Straliger-strasse 65. 25425*
 Kostenfreie zahnärztliche Behand-lung, Zahnziehen, Zahnärztliche Volk-hilf, Chausseestraße 1a. 12078*
 Fahrradgeschäft, Rayliff, Schön-häuser Allee 163 a.
 Metallbruch aller Art lauft Boderick, Oppelnerstraße 18. 11*

Vereinshimmer, Vier, Alte Jakob-strasse 119. 1188K*
 Entlausen! Nagelband, braun und grau gefleckt, ohne Moulford und Steuerzeichen, wegen hohe Belohnung abgegeben, Pelersen, Treptower Chaussee 3. 7778*
 Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengasse, Materstellung. Hoff, Brunnensstraße vierzig. 7936
 Vereinshimmer, auch Sonntags, verleiht Reimischhofstraße 2a.
 Wein Vokal ist noch für Sommer-nachts- und Rindfleisch frei. Auch sind Vereinshimmer zu vergeben. Straußbergstraße 3. 7915
 2 Vereinshimmer mit Piano und Regeldahn jeden Tag frei, zu vergeben. Baldenstraße 21, Rosameda. 71*
 Pauer, Worgensprache, schattiger Garten, Vereinshimmer zu vergeben. Theodor Scherding, Prenzlauer Allee Nr. 198. 101
 Weinen Gönner, Frauen und Bekannten zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage in Nirxorf, Kaiser Friedrich, Ecke Neuter-Strasse, ein Cigarrengeschäft eröffne. Hoch-achtungsvoll Hermann Müller. 11

Vermietungen.
 Schlafstellen.
 Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Forsterstraße 64, Hof III, Witwe Rosenthal.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
 Buchhalter, gewissenhaft, im Ein-richten und Abschließen der Bücher erfahren, vertritt englisch und fran-zösisch korrespondierend, sucht hand-weise Beschäftigung. Adressen erbitte unter „E. 3“ an die Expedition des „Vorwärts“. 6746
Stellenangebots.
 Tüchtiger Bilderrahmen-Macher gelernter Tischler, sucht dauernde Stellung in Berlin. Ernst Gerpling, Brandenburg (Pavel), Kleine Ringen-strasse 14.
 Diamantarbeiter sucht Depo, Urbanstraße 34. 7816
 Verfeiner Outbelagener (sogar gewöhnlich) Gustav Greifswalder-strasse 30. 7905
 Gardinmacherin verlangt Gold-leihensfabrik Voltmannstraße 5. 7915
 Lehrmädchen auf bessere Jacketts verlangt Brunnensstraße 139, II. Etage.

Wannfeld auf bessere Paletots verlangt Brunnensstraße 139, II. Etage, Bruch. 7645
 Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehoben Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile
Provisions-Reisende,
 bei Material- u. Grünfram-Gesch. eingeführt, gerührt. Sehr konfurrenz-fäh. Preise. Gustav Wolff Nachf., Nirxorf, Richardstr. 18. 7769
Achtung! Holzarbeiter!
 Welpert und folgende Werkstätten: A. Schulz, Krausstr. 18/19, Gummeluth, Diefenbacherstr. 33, Kimmel u. Friedrichsen, Parf. 43, Kimmel u. Friedrichsen, Parf. 59, 83/3*
Achtung! Brauerei-Arbeiter!
 Die Differenzen in der Wagenhof-Brauerei sind noch nicht geregelt. Die Agitations-Kommission.